

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatisten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 39.

Sonnabend, den 30. September 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Arbeitslosigkeit in der österreichischen Steinindustrie. — Was mich wundert? — Gewerkschaftsbewegung und Neutralität der Behörden. II. — Ueber den Paritättag. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Rundschau. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Tatsiches bei Lohnbewegungen und Streiks. III. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Augen auf! — Klassenhaß und Arbeiterbewegung. — Aphorismen. — Feuilleton: Volkshygiene.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Erfurt: Kunststeinfabrik, G. m. b. H., in der Radowitzstraße. — Rembach: Firma Seubert. — Ehbelsbach und Lichtenstein: Firma Arnolds Söhne. — Heigenbrücken: Firma Heider. — Jena: Die Kunststeinfabrik. — Löwenberg (Schlesien): Firma Ende.

Mülheim (Ruhr). Der Streik der Steinarbeiter bei der Firma Rauen ist mit Erfolg beendet; der Minimalstundenlohn wurde für Stößer und Steinhauer mit 60 Pfg. festgesetzt. Auch über die Bezahlung der Akkordarbeiten wurde eine Einigung erzielt.

Wien (Rhein). Die in den Marmorbetrieben beschäftigten Kollegen befinden sich in einer Tarifbewegung. Zugang von Marmorarbeitern ist fernzuhalten.

Demitz-Thumitz. Am 20. September wurde nun auch der Tarif für Speller und Pflastersteinmacher durchberaten. In der Sitzung wurde nochmals der Antrag der Steinmetzen, wegen Gewährung von Prozentschlägen, erörtert. Die Herren Unternehmer sahen ein, daß das Verlangen berechtigt war; doch wird darüber unternehmerseits in nächster Woche in einer Vollversammlung Beschluß gefaßt.

Hannover. Die Marmorarbeiter der Firma August Wegener stehen im Streik. Wegener versucht alles, um Arbeitswillige anwerben zu können.

Böhwinkel-Elsfeld. Die Kollegen der Hohmannwerke befinden sich im Streik, die Mehrzahl ist anderweit in Arbeit.

Strehlen, Ströbel und Kalkhaus. Zugang nach den Schallischen Betrieben ist zu unterlassen.

Girlandsdorf (Schlesien). 28 Mann der Firma Hasler haben gekündigt. Der schnell reich gewordene Firmeninhaber lehnte unter höhnischen Redensarten die minimalen Forderungen der Kollegen ab. Zugang ist fernzuhalten.

Oesterreich. Gesperret sind: Kottes, Mühlendorf, Pöhl, Friedeberg, Klein-Krosse, Kotwasser, Sezdorf, Schwarzwasser und Smilowitz.

Schweiz. Die Firma Hermann in Basel ist gesperrt.

Ungarn. Gesperret sind: Temesvar, Agram, Pecs und Fiume.

Die Arbeitslosigkeit in der österreichischen Steinindustrie.

Man schreibt uns: Während in den meisten Branchen die wirtschaftliche Krise als überwunden bezeichnet werden kann und die Konjunktur sich wieder in aufsteigender Richtung bewegt, ist in der österreichischen Steinindustrie gegenwärtig gerade das Gegenteil zu verzeichnen. In diesem Jahre ist in den einzelnen Zweigen der Steinindustrie in der Produktion eine Stodung eingetreten, die schon viele Jahre in so großem Umfange nicht bemerkbar war. Der gegenwärtige Zustand, die Not, die in diesem Gewerbe herrscht, ist für die Arbeiterschaft und ihre Familien unerträglich geworden. Mit banger Sorge blicken die Steinarbeiter der nahen Zukunft, dem kommenden Winter entgegen. Auf der einen Seite schreitet die Teuerung immer schneller vorwärts, die gesamten Lebensmittel erreichen eine Preislage, die für den Arbeiter einfach unmöglich ist, sie zu bezahlen; auf der andern Seite fordert die Regierung von den Arbeitern fortwährend größere direkte und indirekte Steuern, die von Tag zu Tag drückender werden. Die als Staatsnotwendigkeiten deklarierten Forderungen an das arbeitende Volk haben bereits schon weit die Grenzen der zulässigen Belastung überschritten.

Empfindlich und unerträglich wirkt die gegenwärtige Teuerung auf die Arbeiterschaft deshalb, weil die Regierung nicht auch gleichzeitig mit den gesteigerten Lasten auch für die arbeitende Bevölkerung auskömmliche Arbeitsgelegenheit schafft. Über ganz besonders vernachlässigt schon viele Jahre die Regierung die Steinindustrie. Während doch durch die Forderungen des Militarismus die Metallindustrie und einige andre Berufe von der Regierung Berücksichtigung finden, wodurch der Volkswohlstand allerdings nicht auf seine Rechnung kommt, leidet die Bau-, in höherem Maße aber die Steinindustrie hysto-

nisch an schlechter Konjunktur, weil der Staat jahrelang diese Industrie stiefmütterlich behandelt. Der gegenwärtige einseitige Kurs der Regierung ist für jeden begreiflich. Die Regierung braucht alle verfügbaren Mittel, und zwar viele hundert Millionen Kronen für Rüstungszwecke; da kann natürlich für Wasserstraßen und Kanalbauten, um dem Handel und der Industrie in Oesterreich den Existenzkampf zu erleichtern, kein Geld übrig bleiben.

Das Gesetz über den Bau von Wasserstraßen wurde schon im Jahre 1901 beschlossen und in den zehn Jahren haben die diversen Regierungen keine Hand gerührt, den Bau der projektierten Kanäle zu beginnen. Der Steinindustrie würde durch den Bau der Wasserstraßen wieder auf die Beine geholfen, die schon viele Jahre unter den schlechtesten Abnahmeverhältnissen zu leiden hat. Der Bau der Wasserstraßen wird aber systematisch von der Regierung verschleppt, ja, das Gesetz soll überhaupt nicht durchgeführt werden.

Die Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie war noch nie so groß wie gerade jetzt; wenn die Regierung hier nicht bald eingreift, geht eine leistungsfähige Industrie zugrunde, wodurch aber auch die Arbeiterschaft in dieser Branche einer grenzenlosen Not entgegenght. Gewiß am ärgsten leidet die Granitindustrie in Oesterreich unter dem Mangel an Arbeit. Taufende Arbeiter, die in einzelnen Gebieten Oesterreichs, gewöhnlich in einem Umkreis von einigen Stunden zusammengedrängt, ihren einzigen Erwerb finden, haben früher in diesem Industriezweig auskömmlich Arbeit gehabt, während jetzt Granitwerke, die früher einige hundert Arbeiter beschäftigten, notdürftig vegetieren, zumeist aber vollständig brach liegen. Oesterreich hätte früher eine blühende Granitindustrie aufzuweisen. In Mauthausen, Neuhaus a. d. Donau, Schärding und in den angrenzenden Orten waren mindestens 3000—4000 Steinarbeiter beschäftigt; jetzt aber sind die Betriebe durch Mangel an Aufträgen der Auflösung und dem Ruin anheimgefallen.

Die Not der Steinarbeiter und ihrer Familien, die durch die Einschränkung der Betriebe und der Arbeitslosigkeit herbeigeführt ist, hat in der letzten Zeit in den genannten Orten geradezu erschreckend an Größe zugenommen. In Mauthausen und Umgebung zum Beispiel haben einzelne Granitwerke ihre Betriebe bis zur Hälfte reduziert. Eine größere Firma in Mauthausen, die früher 200—300 Arbeiter beschäftigt hat, mußte ihre Betriebe vollständig sperren, da sie infolge Mangel an Aufträgen zugrunde gegangen ist. Wenn man in Betracht zieht, daß die Steinindustrie von Oesterreich in den Märkten und Dörfern die einzige maßgebende industrielle Erwerbsquelle der dort anässigen Bevölkerung ist, so kann man wohl die Not dieser Arbeiter in Oesterreich ermessen. Da die Kaufkraft der Arbeiter fast vollständig unterbunden ist, leiden selbstverständlich auch die gewerbetreibende Bevölkerung und nicht zuletzt die beteiligten Gemeinden. Wenn wir zu der empfindlichen Teuerung, die in den ländlichen Granitgebieten nicht geringer ist wie in den Städten, den wöchentlichen Lohn von 15 Kronen vergleichen, so ist es buchstäblich Wahrheit, daß die Arbeiter für ihre Familien nicht genug Brot und Kartoffeln kaufen können, um den Hunger zu stillen.

Nicht anders stehen die Verhältnisse in der Granitindustrie in Niederösterreich. In Gmünd und Umgebung sowie in den angrenzenden Orten in Südböhmen war zur Zeit des Baues der Verkehrsanlagen und der Donaukanalbauten in Wien dort eine rege Tätigkeit. Viele hundert Arbeiter der ansässigen Bevölkerung fanden und hatten in der Steinindustrie lohnenden Erwerb. Auch hier leiden schon über zehn Jahre die Granitwerke unter dem denkbar schlechtesten Geschäftsgang, wodurch die ansässige Arbeiterschaft, da es ihr an jeder andern Beschäftigung fehlt, arg in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Wie in Oesterreich, besitzt Oesterreich in Westschlesien eine alte und leistungsfähige Granitindustrie, die wie überall in unserm lieben Vaterland gegenwärtig ihre Produktion gewaltig einschränken muß, weil auch hier die Steinindustrie nicht die geringste Hilfe durch die Staatsbehörden findet. Das Gebiet um Friedeberg in Westschlesien beherbergt 2000—3000 Steinarbeiter, die unter den elendesten Lohnverhältnissen leben müssen. Auch hier sind wöchentliche Löhne von 15 Kronen keine Seltenheit. Die Not und die Entbehrung des schlesischen Steinarbeiters mit seiner Familie ist sprichwörtlich bekannt und läßt eine Steigerung nicht mehr zu.

Dieselben traurigen Verhältnisse finden wir in der Marmor- und Kalksteinindustrie. Oesterreich ist reich an buntem und schönem Marmor. Leider wird auch diese Industrie durch die Regierung nicht im geringsten gefördert. Nachdem im Inland bei Staatsbauten der Marmor so wenig als möglich Anwendung findet, erschwert man durch wahnstinnig hohe Frachtsätze und durch einseitige Zollverträge den Export und die Konkurrenz im Auslande. Die Marmorindustrie hat nur während der Bauzeit in der Plattenarbeit einige Monate Beschäftigung, während für massive Marmorarbeit schon Jahr und Tag keine nennenswerten Aufträge aus dem Inland zu verzeichnen sind. Die Regierung läßt eine so schöne Industrie, die der Gradmesser eines künftigen Volkes ist, verkümmern und verkommen. In Tirol, Salzburg, Schlesien, Kärnten und im Küstenland hungern und darben mehrere tausend Steinarbeiter mit ihren Familien, die in der Marmor- und Kalksteinindustrie nicht genügend

Beschäftigung finden. In ganz Oesterreich, wo wir hinflicken, überall stehen wir einer beängstigenden Stagnation in allen Zweigen der Steinindustrie gegenüber. Die Not der Steinarbeiter hat in manchen Orten Oesterreichs die höchste Spannung erreicht, der alle Arbeiter zu entrinnen suchen, die gerade nicht mit eisernen Fesseln an die Scholle gebunden sind. Die Auswanderung der Steinarbeiter hat demnach einen Grad angenommen, die auch eine Regierung berücksichtigen müßte, wenn nicht ihr einziges Denken auf Großmachtspläne gerichtet wäre. Durch die von der Regierung unterstützte agrarische Wucherpolitik und die damit verbundenen hohen Grenzzölle auf Fleisch und Getreide können wir arme Oesterreicher zwar nicht Industrieprodukte ausführen, dafür treiben wir aber unsere besten Arbeitskräfte mit samt ihren Familien über die Grenze, weil der Staat seinen Staatsbürgern nicht Arbeit geben will und so ihnen jede Existenz raubt. Hunderte Steinarbeiter aus Niederösterreich, Oberösterreich, Schlesien und dem Küstenlande sind aus den einzelnen Gebieten mit samt ihren Familien ausgewandert, weil sie in der Heimat das ewige Hungern nicht mehr länger aushalten konnten. Diese ausgewanderten Steinarbeiter sind zum großen Teil nicht etwa fluktuierende Elemente, sondern Leute, die am Orte geboren, ja deren Eltern selbst Zeit ihres Lebens, wie sie selbst, noch keinen andern Ort gesehen haben. Das sind junge, kräftige, arbeitssame Menschen, die durch die Not zum Auswandern, und zwar hinter die schwarz-gelben Grenzpfähle getrieben werden und sich wohl nur mehr vereinzelt später in der Heimat wieder blicken lassen. Der Regierung scheint es gar nicht klar zu sein, welche Volkskraft da dem Staat verloren geht. Den Gemeinden selbst ist durch die Arbeitslosigkeit der Steinarbeiter und das Abwandern der jüngeren Generation eine große Last aufgebürdet. Dem Bauern fehlt die jüngere Arbeitskraft, die ihm doch teilweise zur Erntezeit zur Verfügung stand, den Gewerbetreibenden in der Gemeinde die kaufkräftige Kundschaft, und so verelenden mit dem Arbeiterstand auch andre Volksklassen. Müge die Regierung in dieser ersten Zeit ihrer Pflicht gegenüber der trostlosen Lage der Steinindustrie und deren Arbeiterschaft bewußt sein und schlenkt für die Steinarbeiter Arbeitsgelegenheit schaffen. Nur durch rasche Hilfe kann dem Notstand in der Steinindustrie abgeholfen werden.

Was mich wundert?

Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Arbeiterbewegung, nicht nur das arbeitende Volk, sondern auch die bürgerliche Welt immer eindringlicher von der sozialen Not des arbeitenden Volkes zu unterrichten. Diese Aufgabe wird durch eine ausgedehnte Presse und durch zahllose Schriften verfolgt. Wirkliche Maßnahmen unterstützen die Presse. Die Welt war erschrocken und in grenzenloses Staunen versetzt, als die Heimarbeitsausstellungen das unbeschreibliche Elend der untersten sozialen Schichten des Volkes öffentlich bloßstellten. Es ist noch mehr geschehen — doch ruhig bleibt das Bürgertum dem offenbaren Elend gegenüber; ruhig bleibt man bei der Behauptung von den übertriebenen Arbeiterforderungen stehen. Ja, das Blatt des obersten Beamten des Deutschen Reichs bekam es fertig, die verheirateten Arbeiter ganz allgemein eines ausschweifenden Lebenswandels zu beschuldigen und sie für die elende Lage der arbeitenden Bevölkerung verantwortlich zu machen.

Da muß man doch fragen: stellt sich das Bürgertum taub, um sich in seinem beschaulichen Wohlleben nicht durch den quälenden Gedanken an die soziale Not des Volkes beunruhigen zu lassen; entwirft ein Regierungsblatt ein solches Bild vom deutschen Arbeiter, um ihn verächtlich zu machen und um das Bürgertum irrezuführen — oder ist man wirklich so unwillig, wie es den Anschein hat? Ist das letztere richtig, dann ließe sich keine Erklärung dafür finden, denn es ist alles geschehen, um über die elende Lage des Volkes Aufklärung zu schaffen. Und besonders an Regierungsstelle konnte man sich unterrichten. Wenn es richtig ist, daß an Regierungsstelle nichts über die Lage des arbeitenden Volkes und besonders über seine Lebensführung bekannt ist, so kennt man doch aber genau die Verhältnisse der bessergestellten Schichten des Volkes. Dann müssen aber auch die Interessen der Bessergestellten eine weitgehende Berücksichtigung erfahren, natürlich auf Kosten der Arbeiterbevölkerung. Und daß es so ist, kann nicht bestritten werden.

Erfreulicherweise hat es im Bürgertum nicht an Leuten gefehlt, die das unsagbare Elend auch zugestehen und die auf Besserung dringen. Erst neuerdings hat sich Pfarrer Traub in der Hilfe zur Lage des Volkes ausgesprochen. Er schreibt unter anderm: „Es war im Arbeiterviertel. Ich ging durch lange Straßen, jedes Haus gleich dem andern. — In den Fenstern grühen da und dort Blumen, auch saubere Gardinen lugten manchmal heraus. Ich trat in eines der Häuser. — Neugierig wird man besehen, was man hier wohl zu suchen habe. Ich steige unters Dach; dort steht die Leiche einer alten Witwe. Ihr Sohn liegt im Krankenhaus, ein Eisenstück zertrümmerte ihm das Knie. Die erwachsene Enkelin scheuert den Boden. — Dürftig gekleidete Kinder kauern in der Ecke; ein Unterrock mit Spitzen besetzt trocknet über dem Herd. Zeitungen liegen auf dem Tisch zwischen Kartoffeln und Brot. Vom

Stelle die **fächliche** **Steinbruchs-Vereinsgenossenschaft** am **Schiedsgericht** für **Arbeiterversicherung** in **Leipzig** den **Antrag** auf **Erhebung** der **Rechte** mit der **Begründung**, daß **Steinmehrer** oder **Steinhauer** nicht zu den **qualifizierten** **Arbeitern** gehören. Im **Termin** vom **16. August** legte der **Vertreter** der **Verbands-** **genossenschaft** ein **Schiedsgerichtsurteil** vor, in welchem **Steinhauer** oder **Steinboffierer** nicht als **qualifiziert** angesehen wurden. Unser **Kollege** stellte aber die **Begriffe** richtig. Das **Schiedsgericht** schloß sich der **Darstellung** an und **lehnte** in **Berücksichtigung** der **Qualifikation** der **verschiedenen** **Branchen** in der **Steinindustrie** eine **Herabsetzung** der **Rechte** ab. Das **Schieds-** **gericht** war **einstimmig** der **Meinung**, daß der **Steinmehrer** **als** ein **qualifizierter** **anzusehen** ist. Die **Verbands-** **genossenschaft** ist mit ihrem **Gutachten** **glatt** **abgewiesen** worden.

Der „**angehochte**“ **Herr Schall**. In **Strehlen** tagte am **11. September** der **5. mittelschlesische** **Städtetag**. Die **Städte-** **deputierten** **besichtigten** dabei auch den **Steinbruch** der **Firma** **Nathan** **Schall**. Der **Bürgermeister** **Schüller** aus **Neumarkt** war von dem **Gesehenen** so **erfreut**, daß er die **Herren** **Schall** (**senior** und **junior**) **anhobte**. — **Es** hätte **nichts** **geschadet**, wenn die **Herren** **Stadtdenkartierten** nach den **Böhen** der **Arbeiter** **gefragt** hätten. **Hoffentlich** hat **Herr Schall** seinen **Besuchern** auch **gesagt**, daß er aus den **Werkwohnungen** beim **letzten** **Streik** seine **Arbeiter** mit **gerichtlich** **Hilfe** **hinaussetzen** ließ. — **Den** **Arbeitern** wäre es **schon** **lieber**, wenn die **Firma** **Schall** nun **endlich** die **Zulagen**, die sie **unter** **bestimmten** **Klauseln** zu **zahlen** **versprochen** hat, **ohne** **Klauseln** **auszahlen** würde. — **Als** der **hohe** **Besuch** kam, wurden die **Fische** in der **Kantine** **fein** **gedekt**, ja **darauf** **ließ** sich der **reichliche** **Jumbitz** mit **gutem** **Appetit** **einnehmen**. **Anders** **dagegen** **schaute** es **schon** **aus**, wenn die **Arbeiter** ihr **kärgliches** **Brot** in diesen **Räumen** **einnehmen** müssen.

Die **Arbeiter** haben **natürlich** **keine** **Veranlassung**, den **Firmeninhaber** **anzuhöhen**, sie **wissen** **ganz** **genau**, daß für **diesen** in **erster** **Linie** **keine** **Profitinteressen** **maßgebend** sind. — **Der** **ganze** **Besuch** hat uns **überdies** **gezeigt**, wie im **allgemeinen** die **Arbeiter** **eingeschätzt** werden. **Ueber** den **schweren** **Beruf** eines **Steinarbeiters** hat sich der **Besuch** **keine** **Information** von der **zuständigen** **Stelle** (den **Arbeiterkreisen**) **geholt**. **Ueber** die **enorme** **Unfallhäufigkeit** wurde **sicherlich** **kein** **Wort** **verloren**. — **Solche** **Besuche** **zeigen**, wie **wenig** **Interesse** der **Arbeiterfrage** **entgegengebracht** wird.

Große **Preisdifferenz**. Zur **Ausführung** der **Werksteinlieferungen** in **Witten** (**Westf.**) waren **größere** **Werksteinlieferungen** zu **vergeben**. Das **Los 1** enthielt **2000** **qm** **Werksteinverblendung** und **185** **obm** **Werksteine**; **Los 2** **1400** **obm** **Werksteinverblendung** und **1500** **obm** **Werksteine**. Die **Submissionsangebote** waren nun **recht** **unterschiedlich**, wie **nachstehende** **Aufstellung** **zeigt**.

Los 1 und 2:

Wagner & Winger, Xrier	218 850 Mk.
Deutsche Werksteinbrüche, Köln	243 430 "
Veber, Hamburg	416 740 "
C. Krämer, Essen	614 250 "

Nur Los 2:

Ph. Holzmann, Frankfurt	180 000 "
Schönefeld, Blankenfeld	226 500 "

Die **Firmen**, die in **unserer** **Ausführung** **genannt** **sind**, **zählen** zu den **angesehensten** in der **Steinindustrie**, und **trotzdem** **solch** **horrende** **Differenzen**. — **Zuletzt** **sind** es **doch** **immer** die **Arbeiter**, die **derartige** **Unterbietungen** **auslösen** **müssen**.

Die **Odenwaldsteinindustriellen** sind **gegen** eine **Eisenbahn-Fracht** **erniedrigung**. **Warum?** **Weil** sie **nämlich** in **Zukunft** die **Konkurrenz** der **Unternehmer** aus **Bayern**, **Baden** und **Elfaß-Lothringen** zu **spüren** **bekämen**. **Es** ist **etwas** **eigentümliches** im **kapitalistischen** **Zeitalter**, wo **nur** die **Sonderinteressen** **gepflegt** werden. **Auch** in den **Steinbrüchen** der **genannten** **Bundesstaaten** **fallen** die **Rohblöcke** **nicht** **nach** **Wunsch** vom **Felsen**, so daß **das** **Konkurrenzgerede** der **Steinindustriellen** des **Odenwaldes** **direkt** **daneben** **trifft**. **Wenn** **großzügige** **Wirtschaftspolitik** **getrieben** werden **soll**, **dann** **kann** **nicht** **jeder** **Einzelwunsch** **erfüllt** werden. **Auch** die **Werke** des **Einiger** **Konzerns** sind **gegen** eine **Frachterniedrigung**. **Ja**, die **Singer** **Basaltwerke** **liegen** in der **Nähe** des **Albains**, die **Frachtsätze** **gestalten** sich auf **dieselben** **recht** **niedrig**. **Selbst** — **benutzt** man **diese** **billigen** **Wasserwege**, **andern** **Werken** **aber** **soll** eine **Eisenbahnfrachterniedrigung** **nicht** **zukommen**. **Das** ist **Sonderinteressenpolitik** **getrieben** in **höchster** **Potenz**.

Reite **Submissionsblüte**. Eine **beliebte** **Rebensart** der **Plastersteinindustriellen** bei **Bahnkämpfen** ist **bekanntlich** **immer** der **Stweis** auf die **schwedische** **Konkurrenz**. **Namentlich** **jetzt**, **nachdem** die **Einführung** des **Zolles** für **aus** **Schweden** **eingeführte** **Plastersteine** vom **Reichstag** **abgelehnt** **worden** **ist**, **soll** die **schwedische** **Konkurrenz** **ganz** **unerträglich** **geworden** **sein**. **Und** **bei** **allen** **Bahnbewegungen**, die **nach** **Annahme** des **Handelsvertrages** mit **Schweden** **sich** **abspielen**, **werden** **unsere** **Kollegen** **es** **immer** **wieder** **hören** **müssen**, wie **schlecht** **insbesondere** die **Sozialdemokraten** im **Reichstage** **sind**, **weil** sie **gegen** den **Plastersteinzoll** **gestimmt** **haben**. **Auch** in **Gommern** **haben** wir **das** **während** des **Steinarbeiterstreiks** **bis** **zum** **Ueberdruß** **hören** **müssen**. **Was** **aber** von **dieser** **Rebensart** zu **halten** **ist**, **zeigt** **jetzt** **wieder** die **gewaltige** **Steinausfuhr** **der** **Stadt** **Hamburg**. **Denn** **gerade** **hier** **kommt** **Schweden** **als** **stärkste** **Konkurrenz** **für** die **hiesigen** **Unternehmer** in **Frage**. **Während** **aber** die **Schweden** **durchweg** **fast** **gleichmäßige** **Angebote** **abgegeben** **haben**, in **welchen** **von** **einer** **übergroßen** **Konkurrenz** **nicht** **die** **Rede** **sein** **kann**, **unterbieten** **sich** die **Herren** **Plastersteinindustriellen** von **Gommern** **in** **einer** **Weise**, **wie** **sie** **schlimmer** **kaum** **gedacht** **werden** **kann**. **Unter** **andern** **sind** **auch** **4000** **Kubikmeter** **Kleinsplastersteine** **zur** **Ausfuhr** **gelangt**. **Darauf** **haben** **folgende** **Unternehmer** **von** **hier** **nachstehende** **Angebote** **abgegeben**: **Ghr. Vallerstedt** **pro** **Kubikmeter** **32** **Mk.**, **Sademesser** **u.** **Co.** **pro** **Kubikmeter** **28.40** **Mk.**, **J. G. Dümmling** **pro** **Kubikmeter** **23.50** **Mk.**, **Differenz** **8.50** **Mk.**. **Oder** **auf** **das** **gesamte** **Quantum** **beträgt** die **Differenz** **34 000** **Mark**. **Wenn** **derartige** **Preisunterschiede** **bei** **Unternehmern**, die **in** **ein** **und** **demselben** **Bezirk** **mit** **gleichem** **Material** **und** **zu** **gleich** **günstigen** **Arbeits-** **und** **Frachtsbedingungen** **arbeiten**, **vorkommen**, **dann** **kann** **von** **einer** **sorgfältigen** **Kalkulation** **schon** **nicht** **die** **Rede** **sein**, **und** **der** **stete** **Hinweis** **auf** die **schwedische** **Konkurrenz** **wirkt** **einfach** **lächerlich**. **Und** **wenn** **bei** **solchen** **enormen** **Preisschwankungen** **immer** **die** **„hohen“** **Böhen** **der** **Arbeiter** **an** **dem** **zu** **geringen** **Verdienst** **der** **Unternehmer** **schuld** **sein** **sollen**, **dann** **spricht** **das** **für** **sich** **selbst**. **Obgleich** **aber** die **Firma** **Dümmling** **im** **stande** **ist**, **das** **gesamte** **Quantum** **Kleinsplastersteine** **um** **34 000** **Mk.** **billiger** **zu** **liefern** **als** **Vallerstedt**, **müssen** **in** **der** **Plastersteinindustrie** **doch** **immer** **noch** **ungeheure** **Profite** **erzielt** **werden**. **Der** **Herr** **Kommernrat** **Dümmling** **ist** **nämlich** **in** **der** **Lage** **zu** **weisen**, **seiner** **Waterschaft** **Schönebeck** **a.** **E.** **ein** **Altersheim** **im** **Werte** **von** **120 000** **Mark** **zu** **schänken**. **Den** **Steinarbeitern** **aber** **den** **Lohn** **von** **32** **auf** **35** **Pfg** **pro** **Stunde** **zu** **erhöhen**, **dazu** **war** **er** **nicht** **im** **stande**.

400 000 **Kubikmeter** **Steinschlag** **aus** **Hartgestein** **hat** die **Eisenbahndirektion** **Halle** (**Saale**) **für** **den** **11. Oktober** **zur** **Submission** **ausgeschrieben**. **Das** **ist** **die** **größte** **derartige** **Ausschreibung**, **welche** **uns** **in** **der** **letzten** **Zeit** **bekannt** **wurde**. — **Es** **ist** **für** **uns** **dadurch** **der** **Fingerzeig** **gegeben**, **gerade** **auch** **die** **Submissionen** **eingehend** **zu** **verfolgen** **und** **daraus** **die** **notigen** **Schlüsse** **für** **die** **Agitation** **zu** **ziehen**.

Elektrische **Kraft** **für** **die** **schwedische** **Steinindustrie**. **Von** **der** **Kraftstation** **des** **schwedischen** **Staates** **in** **Arowollhättan** **am** **Göta** **Elf**, **welche** **etwa** **25 000** **Pferdestärken** **aufweist**, **soll** **eine** **neue** **Bahnlinie** **nach** **der** **Westküste**, **dem** **Hauptsteinbruchgebiete** **gelegt** **und** **natürlich** **elektrisch** **betrieben** **werden**. **Die** **Städte** **Uddevalla** **und** **Lysekil** **würden** **dadurch** **Bahnverbindungen** **erhalten**. **Der** **Steinindustrie** **wäre** **eine** **solche**

Linie **sehr** **willkommen**. **Das** **Kraftwerk** **kann** **mit** **Bechtigkeit** **auf** **80 600** **Pferdestärken** **gebracht** **werden**.

Die **Johnsdorfer** **Mühlsteinbrüche** **bei** **Zittau**, **welche** **mehrere** **Jahre** **nicht** **betrieben** **wurden**, **will** **jetzt** **die** **Firma** **G. Schmidt** (**Prma**) **wieder** **ausbeuten**. — **Hoffentlich** **finden** **unsere** **Johnsdorfer** **Kollegen** **nun** **wiederum** **lohnende** **Beschäftigung**.

In **Finnland** **haben** **in** **der** **verfloffenen** **Woche** **20** **Steinmehrer** **und** **Breher** **aus** **Deutschland** **und** **Meißen** **Arbeit** **genommen**. **Die** **Internationale** **Granit-Comp.** **in** **Hamburg** **und** **London** **hat** **in** **der** **Nähe** **von** **Abu** (**südliches** **Finnland**) **größere** **Steinbruchfelder** **erworben**, **welche** **nun** **ausgebeutet** **werden** **sollen**. **Gebrochen** **wird** **roter** **Granit**, **welcher** **dem** **schwedischen** **vollständig** **ebenbürtig** **sein** **soll**. **Die** **Arbeiterfrage** **wird** **der** **Firma** **einige** **Kopfschmerzen** **machen**, **denn** **sind** **unsere** **Informationen** **richtig**, **so** **werden** **die** **Kollegen** **vorräufig** **auf** **einem** **sogenannten** **Stationschiff** **untergebracht**. **Die** **Steinbrüche** **liegen** **hart** **am** **Wasser**. **Hoffentlich** **finden** **die** **nordischen** **Zugvögel** (**unsere** **Kollegen**) **in** **Abu** **recht** **lohnenden** **Berndienst**. — **Die** **Firma** **hat** **als** **ersten** **Auftrag** **die** **Steinmehrarbeiten** **zum** **deutschen** **Botchaftsgebäude** **in** **St. Petersburg**.

Quittung.

Eingegangene **Gelder** **vom** **18. bis** **mit** **23. September** **1911.**

Speier, B. 69.30, E. 1.50. **Marxbreit**, 31.50. **Kirchensamig**, B. 272.— **Schäff** a. M., B. 92.—, M. 0.50. **Vortmund**, 300.—, **Coblentz**, B. 25.—, **Brück**, B. 94.—, K. 11.—. **Leipzig**, Ins. 2.40. **Altenburg**, B. 4.80. **Glogau**, B. 1.10. **Saalburg**, B. 40.70, K. 0.30. **Pflaumheim**, B. 4.80, K. 0.30. **Marxstädt**, B. 3.80, K. 0.50. **Leopoldstal**, B. 0.80. **Harburg**, B. 7.10. **Klitz**, B. 3.30. **Verfa**, B. 4.70. **Dziergowitz**, B. 15.60. **Wittenberg**, B. 13.—. **Hamburg II**, B. 800.—. **Ludwigshafen**, B. 150.—. **Wechselburg**, B. 84.—, K. 20.—. **Verba**, B. 40.40, E. 4.50, K. 0.20. **Kemba**, B. 46.80, K. 0.15, M. 12.40. **Demitz**, B. 886.—. **Plauen**, Ins. 4.80. **Wiershausen**, B. 11.40. **Rathenow**, B. 4.80. **Münster**, B. 4.80. **Baumholder**, B. 2.—. **Nienburg**, B. 10.40. **Scheffin**, B. 233.—. **Maulbronn**, B. 63.—. **Schwarzengbach**, B. 504.—, K. 40.—. **Wurzen**, B. 252.—, E. 8.—. **Höttingen**, Ins. 2.80. **Droyßig**, B. 3.—. **Leopoldstal**, B. 5.—. **Harburg**, B. 7.20. **Hegensburg**, Div. 6.—. **Handersader**, B. 400.—. **Gelentischen**, B. 100.—, E. 7.50, M. 2.—. **Crawinkel**, B. 100.—, E. 1.—, K. 3.50. **Berneß**, B. 21.—. **Ludwig Geist**, **Kassierer**.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Leipzig. Der **Plastersteinträger** **Adolf** **Chrl** **aus** **Höhlbach** **bei** **Wilschhofen** **wird** **er sucht**, **seine** **Adresse** **der** **Redaktion**, **Zeiger** **Strasse** **32**, **sofort** **mitzuteilen**.

Mainz. Die **Reisetarte** **von** **Ferd. Fettel**, **geb.** **am** **20. Juni** **1889** **in** **Wilmars**, **ist** **verloren** **gegangen**. — **Die** **Interimstare** **Nr.** **20400** **von** **Wilhelm** **Schmidt**, **geb.** **am** **5. Mai** **1891** **in** **Dörnberg**, **ist** **verloren** **gegangen**. **Vor** **Widbrauch** **wird** **gewarnt**. **Robert Korn**, **Kassierer**.

Königshain (**Ober-Lausitz**). Der **Kollege** **K. Bauer** **aus** **Großwendern** **möchte** **sofort** **seine** **Adresse** **einbringen**. **Georg Solbrig**.

Schwarzbrunn (**Böhmen**). **Wir** **warnen** **vor** **dem** **Steinmehrer** **Adolf** **Schröder**, **geb.** **am** **25. Dezember** **1887** **in** **Kreisau** **bei** **Jannowitz** (**Preuß.-Schles.**), **weil** **er** **sich** **als** **Schwindler** **und** **Betrüger** **bewiesen** **hat**. **Er** **ist** **nach** **Hinterlassung** **von** **ca.** **90** **Kronen**

Schulden **aus** **Schwarzbrunn** **heimlich** **abgereift**. **Sein** **Aufenthalten** **ist** **umgehend** **an** **Adolf** **Posselt**, **Unter-Schwarzbrunn**, **Nr.** **62**, **bei** **Gablonz** (**Böhmen**), **zu** **melden**.

Andlau. Die **Steinmehrer** **Guisepe** **Bosso** **und** **Johann** **Bossa** **möchten** **ihre** **Adresse** **einbringen**, **da** **sie** **ihre** **Bücher** **nach** **hier** **haben**. **Die** **Kollegenverwaltung**.

Würzburg. **Alle** **Kollegen**, **die** **in** **Giershagen** **gearbeitet** **haben**, **mögen** **ihre** **Adresse** **an** **mich** **einbringen**, **da** **ich** **klagbar** **gegen** **die** **Firma** **vorgehen** **muß**, **betreffs** **Fahrtgeld**. **Andreas** **Göpfert**, **Vorsitzender**, **Zellerstraße** **2**.

Rübed. Der **Steinmehrer** **Paul** **Dpaß**, **geb.** **am** **10. Dezember** **1885** **in** **Veitshen** (**Schlesien**), **wird** **dringend** **er sucht**, **seine** **Adresse** **sofort** **anzugeben**; **es** **handelt** **sich** **um** **Familienverhältnisse**. **S. Schulz**, **Kassierer**, **Kottwitzstraße** **30**, **II**.

Reichenhausen. Der **Steinmehrer** **Jakob** **Weissenbach** **ist** **vor** **hier** **abgereift** **und** **hat** **seine** **Interimstare** **in** **größter** **Unordnung** **liegen** **lassen**. **Felix** **Rüd**, **Vorsitzender**.

Geilsbach. **Während** **meiner** **Abwesenheit** **vom** **4.—17. Okt** **sind** **alle** **Briefe** **u.** **a.** **an** **Kollegen** **Georg** **Daier** **zu** **richten**. **Georg** **Distler**, **Vorsitzender**.

Riltensberg. **Alle** **um** **Arbeit** **zusprechende** **Kollegen** **wollen** **sich** **vorerst** **an** **den** **Vorsitzenden** **Max** **Gaul**, **Werkplatz** **Zeller** **Kaffegasse**, **wenden**.

Adressen-Hendungen.

Demitz-Thumitz. **Vertrauensmann**: **Paul** **Beyer**, **Demitz-Thumitz**, **Nr.** **20**.

Ludwigshafen. **Vors.**: **Heinrich** **Reinfranz**, **Frankenthaler** **Strasse** **78**. **Kass.**: **Johann** **Falk**, **Limburger** **Strasse** **15**. **Breitendorf** (**Post** **Liebos**). **Vors.** **u.** **Kass.**: **Ludw.** **Wiegand**. **Treuschlingen**. **Kass.**: **Fritz** **Stabelbauer**.

Kammelsbach (**Rheinpfalz**). **Vors.**: **Ludwig** **Fauß**. **Kass.**: **Daniel** **Allmann**.

Häslitz. **Vors.**: **Heinrich** **Hübner**, **Häslitz**, **Nr.** **2**. **Kass.**: **Max** **Hübner**, **Häslitz**, **Nr.** **48**.

Colmar (**Elfaß**). **Vors.**: **Paul** **Unger**, **Dreifacher** **Str.** **49**. **Verdingen**. **Vors.**: **Gottlieb** **Steinmehrer**.

Nördlingen. **Kass.**: **Georg** **Wald**, **Länggasse** **112A**. **Breslau**. **Vors.**: **Bruno** **Goltsche**, **Fürstenstraße** **73**, **Gartenhaus**, **II. Etage**.

Münster. **Kass.**: **Joseph** **Pumbrink**, **Eingener** **Strasse** **7**.

gehört. Es wird z. B. der eine oder der andre Kollege, der etwas Befähigung besitzt, seine Mitarbeiter aufzuklären, bei derselben nicht in Arbeit genommen. Der Voller geht mit den Arbeitern um, als wenn er dieselben auf der Straße gefunden hätte. Wenn jetzt ein Steinmetz, der im Geruch steht, Sozialdemokrat zu sein, bei demselben um Arbeit anfragt, da geht der Voller los wie ein Wütender. In Ebersbach bei Bitter herrschen genau dieselben Zustände. Hier fungiert ein Herr Kirchner, früher Maurer, als Geschäftsführer. Dieser hat ausnehmend ein Bornierthum angelegt für die gewerkschaftlichen Aufwiegler. Sollte Herr Kommerzienrat Bitter von alledem nichts wissen, was ja absolut nicht der Fall sein kann, weil wir schon einigemal deswegen bei ihm vorstellig wurden. Wir richten an dieser Stelle das Ersuchen an Herrn Bitter, in Zukunft diese Maßregelungen abzuschaffen.

Seitens. Am Sonntag, den 10. September, fand im Gasthof des Herrn Stump eine Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege P. Biewig ein Referat hielt über: Was ist unsere erste und vornehmste Pflicht als Steinarbeiter? In sachlicher Weise führte er den Kollegen vor Augen, daß die erste Pflicht die Organisation sei. Er zeigte deutlich, daß es auch hier nur an den Kollegen selbst liegt, ihre bisher bewiesene Interesselosigkeit abzulegen und eine straffe Organisation zu schaffen, um mit dem Nachbarkollegen, dem Zentralverband der Steinarbeiter, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Er schloß seine andertthalb-stündige Rede mit der Aufforderung an alle Kollegen, nicht eher zu rasten, bis das auch der letzte noch fernstehende Kollege dem Verbandszuge geführt wäre. Daß seine Ausführungen von den Kollegen verständnisvoll aufgenommen waren, bewies der ihm reichlich spendende Beifall. Nach einer Pause ergriff Kollege Zimmermann das Wort. Mit markig kernigen Worten nahm er die hier herrschenden Mißstände unter die Lupe und forderte zum Schluß an, daß jetzt errichtete Vollwerk zu halten. Bedachtes Bravo lohnte seine Ausführungen. Kollege Sommer beschwerte sich über die Beamten der Grafenburg, namentlich über den Kolonnenführer Marten. Wir würden Herrn Marten Knigges Buch: Umgang mit Menschen zum Lesen empfehlen, damit er sich mit Arbeitern bessere Umgangsformen angeeignet. Auch finden wir es nicht in Ordnung, daß den Arbeitern nicht mitgeteilt wird, zu welchem Stundenlohn sie eingestellt sind. Genosse Frägnel-Uslar Ausführungen auf wirtschaftlichem Gebiete fanden reichlichen Beifall. Sodann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Biermann-Ebbingen, als Kassierer Kollege S. Schäfer-Batterode, als Schriftführer Kollege Zimmermann-Gettensen gewählt. Die gewählten versprochen, mit aller Kraft die Interessen der Kollegen zu wahren und haben ihrerseits um tatkräftige Unterstützung jedes Kollegen. Kassierer Schäfer teilte dann mit, daß einem Kollegen, dem im Frühjahr sechs erwachsene Personen starben und um eine Unterstützung beim Zentralvorstand eingekommen war, derselbe ihm einen schönen Unterstützungssatz gewährt habe. (Bedachtes Bravo!) Kollegen! Dies ist ein Zeichen der Kollegialität.

Adm. In einer sehr stark besuchten Versammlung am Montag, den 18. September, gab der Vorsitzende der Zahlstelle das Antwortschreiben der Unternehmer bezüglich des eingereichten Tarifentwurfs bekannt. Aus dem Schreiben, das von vierzehn Geschäftsinhabern unterzeichnet ist, geht die Bereitwilligkeit hervor, mit den Arbeitern in Verhandlungen einzutreten. Von den Arbeitgebern wurde aber gewünscht, daß die Verhandlungen über den Tarif erst nach dem 1. Oktober beginnen sollten, da sie sich erst über die einzelnen Positionen aussprechen müßten. Eine lebhafte, aber sachliche Debatte entwickelte sich über diesen Punkt. Von einer Anzahl Redner wurde die Frist bis zum Beginn der Verhandlungen als zu lang bezeichnet; schließlich einigte man sich dahin, den Unternehmern mitzutheilen, daß gewünscht wird, mit den Verhandlungen am 25. September zu beginnen. Daron wurden die Unternehmer durch ein Schreiben benachrichtigt. Wenn der gute Wille bei den Unternehmern vorhanden ist, sich in friedlicher Weise mit den Arbeitern zu verständigen, dann dürfte es gelingen, ohne Streit zu einem Tarifabschluß zu kommen.

Rachschrift. In den Gauletter lies ein Schreiben ein, daß es den Unternehmern nicht möglich sei, vor dem 1. Oktober in Verhandlungen einzutreten, denn sie müßten sich erst noch in verschiedenen Sitzungen aussprechen. Es wird dann weiter mitgeteilt, daß die Unternehmer nach dem 1. Oktober zu Verhandlungen bereit sind, von einer „Verschleppungspolitik“ keine Rede sein. Auch die Unternehmer hätten ein großes Interesse an dem baldigen Abschluß der Verhandlungen.

Rangensalza. Am 14. September tagte unsere Monatsversammlung im oberen Felseneller. Als Referent war Genosse Weniger anwesend, welcher uns einen sehr lehrreichen Vortrag hielt über die neue Reichsversicherungsordnung. Hieraus wurde die örtliche Statistik bekannt gegeben. An derselben beteiligten sich 60 Kollegen, und zwar 55 Steinmetzen, 3 Dreher und 2 Hilfsarbeiter. Die Steinmetzen hatten einen Jahresdurchschnittsverdienst von 1810,43 Mark. In 5 Fällen trägt die Frau zum Lebensunterhalt bei. Krank waren 30 Steinmetzen in 34 Fällen. Die niedrigste Krankheitsdauer war eine halbe Woche, die höchste 24 Wochen. Arbeitslos waren 22 Kollegen in 61 Fällen zusammen 95 Wochen. Hieraus wurde über den Artikel der Bezirksversammlung von Oberdorra, welcher sich in Nr. 36 des „Steinarbeiters“ befindet, Kritik geübt. Dort heißt es nämlich: Die Rangensalzaer Kollegen glaubten im Interesse der guten Sache etwas Besonderes zu tun, wenn sie wegen Nichtberücksichtigung einiger kleiner Wünsche durch Abwesenheit angingen. Am 22. August ist unsere Zahlstelle benachrichtigt worden, daß am 27. August in Oberdorra eine Bezirksversammlung stattfindet und etwaige Anträge bis zum 25. August an den Bezirksleiter einzureichen sind. Eine Versammlung, die sich mit der Frage beschäftigte, fand am 24. August statt. Die Kollegen waren der Ansicht, daß die Bezirksversammlung zu verlagert ist und daß dieselbe in Rangensalza stattfinden soll, weil bei der letzten Bezirksversammlung in Mühlhausen Rangensalza bestimmt worden war. Die Rangensalzaer Kollegen sind der Ansicht, daß dem Bezirksleiter das Recht nicht zusteht, über eine Zahlstelle allein zu bestimmen oder den vorgeschlagenen Ort eigenmächtig zu verändern. Ferner wurde beschlossen, wünschentlich eine Rechenstunde abzuhalten.

Pelpitz. Am 14. September tagte im Volkshaus eine Steinarbeiterversammlung. Ob in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Kollegen Tynpel und Hochbrod durch Erheben von den Plätzen. Alsdann gab Kollege Große Bericht über die Ergebnisse der dies-jährigen Statistik. Große nahm das Amt als Statistiker nicht wieder an, an seine Stelle wurde Kollege Kanj gewählt. Der Vertrauensmann Hermann berichtete über die weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern bezüglich des Normaltarifs für Sachsen, der bis zum 1. März 1912 endgültig fertiggestellt sein soll. Unter Gewerkschaftlichem wurde das Verhalten einiger Kollegen gerügt und beschlossen, daß, so lange die Unternehmer und Zwischenunternehmer in der Kunststeinbranche den Tarif nicht unterschreiben haben, dort kein Kollege arbeiten darf.

Magen (Rheinland). Die Keramiker besaßen sich „Itebevoll“ mit uns. Nun, ihre samosgen Neckenfinke haben wir schon in der vorigen Nummer richtiggestellt. Aber warum wollen uns diese Menschen, die friedfertig sein sollen, immer am Zeuge flicken. Sie bersten ja vor Reich, weil unsere Zahlstelle so stabil ist. Herr Fromm vom schwarzen Blättl nimmt auf Demitz Bezug, weil dort noch nicht alles klappert. Dort sind die meisten Kollegen erst vor einiger Zeit dem Verbandszuge beigetreten, das trifft aber nicht auf das Magener Gebiet zu. Hier wurde den Kollegen, als sie von der ehemaligen „Verreinigung“ für den christlichen Keramikerverband eingekommen wurden, die

grähten Waresprechungen gemacht. Das hat sich nachher bitter gerächt. Dem christlichen Kritikerschreiber wird es doch noch einfallen sein, daß ausschließlich eine Lohnbewegung bei der Firma Bidel zu Kottenheim-Ettringen der schwarze Verband bezug dessen Beauftragte vollständig versagten. Als dann in der Mitgliederversammlung der christlich organisierten Kollegen von den Vertretern des Verbands Unterstützung verlangt wurde, da wurde brutal erklärt, es gibt nichts. Daraufhin reisten die beiden Beamten mit Eilschritten ab. In dieser Eile hat das Verhalten ihrer Mitglieder wesentlich beigetragen. Warum veröffentlicht denn der christliche Keramikerverband gar nichts über die Finanzwirtschaft seiner Zahlstelle Magen? Auch von dem Mitgliederbestand erfährt man nichts, anscheinend ist er zusammengeschmolzen, daß man sich schämt, ihn bekannt zu geben? Und über den Konsum werden wir einmal in nächster Zeit den Schleier lüften, mehr als den christlichen Verdreherkünstlern in Köln und Magden lieb ist. Statt dessen redet Fromm von Papierkolbaten im freien Verbands. Dabei muß er doch aus eigener Erfahrung wissen, daß man Mitglieder, welche durch den schlechten Verdienst einmal mit ihren Beiträgen in Rückstand gekommen sind und um Erstattung nachgehakt haben, einfach nicht in der Mitgliederliste streichen kann. Oder werden im Keramikerverband solche Mitglieder gleich gestrichen? Wenn dies der Fall ist, dann heraus mit der Sprache. Wir nehmen an, daß die Zeitung der Zahlstelle Magden vom christlichen Keramiker- und Steinarbeiterverband uns recht halb über Konsum- und Finanzwirtschaft einen ausführlichen Bericht geben wird in ihrem Fachblatt; aber dann einmal wenigstens bei der Wahrheit bleiben, wenn es auch schwer fällt. Ich will noch kurz auf den Artikel in der Nr. 36 zurückkommen. Dort nehmen die Christlichen hauptsächlich unsere Kollegen Belling ins Gebet. Belling sollte unter Tarif gearbeitet haben, was natürlich wieder eine lauthalsche Lüge ist. Als Vorsitzender habe ich mich über den Fall orientiert und gefunden, daß die ganze Sache anders zusammenhängt. Wenn dann die alle Larve Keramikerin über den Kollegen A. Staubinger in hilfloser Weise loszieht, so kann uns das nicht einfallen. Staubinger hat die Schwarzen wegen ihres verleumdlichen Benehmens schon einigemal herb züchtigen müssen, und das hat in Magden angenehme Berührt. Ich hoffe, daß der „Steinarbeiter“ die Herren Fromm, Sedner, Mail, Brendel usw. noch in Zukunft in prinzipieller Weise bekämpft. Die Kollegen wissen ganz genau, daß im „Steinarbeiter“ nur sachlich gekämpft und für alle Behauptungen sofort Beweis geführt wird. Ueberdies hat ja unser Redakteur im heurigen Frühjahr hier in einer großen Versammlung referiert, warum sind die christlichen Wortführer ferngeblieben? — Wir werden ihre samosgen logischen Seitenstrieche und ihre verleumdliche irreführende Darstellung sezieren und in nächster Zeit einmal mit ihnen abrechnen. Aber trotz der Hegeleien werden wir in Magden doch vorwärts kommen, und die Zeit wird wohl nicht mehr allzu lange dauern, wo die Christlichen mit Feuer und Schwefel aus Magden rausgejagt werden.

Netten (Bayrischer Wald). Am 17. September tagte in Netten in der Brauerei Grabmeyer eine demonstrativ besuchte öffentliche Volksversammlung. Die Steinarbeiter waren besonders stark vertreten. Gründung eines allgemeinen Konsumvereins für Netten und Umgebung lautete die Tagesordnung. Genosse Jährig, vereidigter Kassierer des Verbands bayrischer Konsumvereine, war als Referent erschienen. Redner schilderte zunächst die Entstehung und Entwicklung der englischen Konsumgenossenschaften. Arme englische Arbeiter, die rebellischen Pioniere von Rochdale waren es, welche in Not und Verzweiflung auf den Gedanken kamen, sich billige Lebensmittel zu verschaffen. Sie gründeten im Jahre 1844 eine Konsumgenossenschaft. Ueberall in England folgten die Arbeiter und Arbeitermännchen ihrem Beispiele. In kurzer Zeit wurden die Konsumgenossenschaften groß und mächtig. Heute bestehen in England 1400 Konsumgenossenschaften mit nahezu 2 1/2 Millionen Mitgliedern, welche mit ihren beiden Großeinlaufsgesellschaften einen Jahresumsatz von 2200 Millionen Mark erzielen. An Rückvergütung verteilen die britischen Genossenschaften jährlich mehr als 225 Millionen Mark an ihre Mitglieder. Aber auch in Deutschland entwickelten sich die Konsumgenossenschaften sehr rapid. Es bestehen zurzeit in Deutschland 2200 Konsumvereine mit 1 450 000 Mitgliedern und mit einem Umsatz von rund 400 Millionen Mark. In eingehender Weise schildert nun Redner die Vorteile, welche der Konsumverein seinen Mitgliedern bietet. Insbesondere die Frauen setzen es, welche die moralische Pflicht hätten, mit den oft sauer verdienten Groschen des Ernährers so sparsam wie möglich umzugehen. In satirischer Form beleuchtete er sodann das Vorgesystem bei den Kleinhändlern, welche bemüht seien, den Konsumenten in der Schuldbuchhaltung zu erhalten. Scharf wendet sich nun Redner gegen den immer wiederkehrenden Vorwurf, als seien die Konsumvereine steuerfrei. Wüßten alle Geschäftsleute ihre Pflichten so gewissenhaft vorlegen wie die Konsumvereine, wahrlich, unsere Finanzminister müßten im Gold schwimmen. Mit übender Fronte streifte er dann die Steuerhinterziehung des verstorbenen Reichsrats Ritter von Klemm. Wir verlangen nicht Hilfe vom Staate, sondern wir verlangen nur Gleichstellung und Gleichberechtigung im Staate. Zum Schluß forderte Redner die Anwesenden auf, das Gebot zu beherzigen, die Konsequenzen daraus zu ziehen und Mann für Mann dem neu zu gründenden Konsumverein als Mitglied beizutreten. (Bedachtes Beifall.) Obgleich sich während des Referats anwesende Gegner recht unliebsam bemerkbar gemacht hatten, wurde trotz Aufforderung eine Diskussion nicht beliebt. Einstimmig wurde nun die Gründung eines Konsumvereins für Netten und Umgebung beschlossen. Es meldeten sich sofort 88 Mitglieder durch Unterschrift zum Beitritt. Der Ausschluß wurde aus neun Mitgliedern zusammengesetzt. In die Vorstandswahl wurden die Steinarbeiter Joseph Stettmeier als Geschäftsführer, Georg Greiner als Kassierer und Joseph Meyer als Kontrolleur einstimmig gewählt.

Mittenberg. Zu einer recht eigenartigen Methode schienen sich die jungen Herren der Firma Franz Zeller zu entwickeln. Von den 14 Kollegen, die nach in Mittenberg vorhanden sind, will genannte Firma „bloß“ 6 Kollegen den Vertrieb verschließen. Wenn das berühmte Kasserwort noch Gültigkeit hätte, dann wäre solchen Deuten das Handwerk halb gelegt. Aber wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Was haben nun diese Kollegen für ein Verbrechen begangen? Alle Kollegen haben ordnungsgemäß die Arbeit verlassen, einfach in dem Bestreben, ihre Lage zu verbessern. Dies sind doch keine Gräueltaten, den Kollegen auf Jahre hinaus den Betrieb zu sperren. Die Firma hat nach langem Kampfe den Mißfalltarif anerkannt. Natürlich ist es ihr danach gelungen, Abzüge machen zu können. Herr Ludwig Zeller hat in Würzburg erklärt, ein Mann hätte ständig zu Tarifrechnen in seinem Betriebe zu tun. Was dieser Mann für Exempel autage fördert, zeigt folgendes: Eine Brunnenstange macht nach Tarif 16—17 Mark und 3/4 Tage Arbeit. Zellerscher Tarifpreis 8,30 Mark; circa 5 Mark wurden nachbezahlt. Es ist Ehrenpflicht der Kollegen, in den Zellerschen Betrieben den Tarif hochzuhalten.

Oberflödenbach (Odenwald). Am Sonntag, den 10. September, fand im Lokal zur Krone eine Steinarbeiterversammlung statt. Als 1. Punkt stand Zahlen der Beiträge auf der Tagesordnung. Derselbe war halb erledigt, denn die Kollegen sind darin pünktlich. Scharf gerügt wurde das Verhalten der Kollegen Pietro Andolsatz, Johann Zanletta, Antonio Jabro und Angelo Ben, die es trotz der mehrmaligen Einladung nicht der Mühe wert fanden, in der Versammlung zu erscheinen. Die Hauptmeldung daran hat der Kollege Angelo Ben. Derselben ist die Zahlung von Verbandsbeiträgen ein böhmisches Dorf. Nach Tarif dagegen will dieser Kollege doch bezahlt sein. Im weiteren erläuterte Kollege Weidenhammer den Wert unserer Unterstützungseinrichtungen und unserer Kassenverhältnisse. Sehr

erfreut waren die italienischen Kollegen über die enorme Mitgliederzunahme und das stetige Wachsen unseres Kasienbestands. Gleich erstattete Weidenhammer Bericht von der letzten Bezirksversammlung. Eine Sammlung zur Unterstützung der inhaftierten Kollegen wurde vorgenommen. Weiter wurde beschlossen, die nächste Versammlung am 8. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in Steinlingen abzuhalten.

Leubenheim (Rauß). Am Sonntag fand hier eine Besprechung der Steinarbeiter statt zwecks Gründung einer Zahlstelle. Kollege Beyer aus Demitz referierte. In der Debatte wurde der Wunsch geäußert, sich der Zahlstelle Demitz oder Bobau anzuschließen resp. eine eigene Zahlstelle zu gründen. Hierzu soll in einer in nächster Zeit einzuberufenden Versammlung endgültiger Beschluß gefaßt werden. Kollege Beyer gab hierzu noch einige Winke und Aufklärung. Erfraulicherweise sind 24 Mann dem Verbandszuge beigetreten. Besonders interessierte die Kollegen der Verlauf der Tarifverhandlungen im Demitzer Gebiet. Es ist unter allen Umständen nötig, daß für die Rauß etwas geschaffen wird. Es ist bekannt, daß hier die Löhne sehr niedrig sind, da würde der Tarif immerhin einige Vorteile bringen. Unter den Kollegen herrscht ein guter Geist, und es ist zu erwarten, daß der letzte Mann dem Verbandszuge beigeführt wird. Hoffentlich geht es auch in Häslich und Bischoheim vorwärts.

Weißentadt (Fichtelgebirge). Nach achtwöchiger Pause fand in unserer Zahlstelle wieder eine Steinarbeiterversammlung statt, die sehr gut besucht war. Die Kollegen lebten wegen der vielen Unkosten die Beschaffung eines Delegierten zur Bauarbeiter-Konferenz ab; aber es wurde beschlossen, daß ein schriftlicher Bericht eingekandt werden soll. Es wurde dann vom Vorsitzenden Klebing ein Brief verlesen, Kollegen Stöhr betreffend. Dieser verlangte von der Zahlstelle Hof sein Verbandsbuch, wurde aber dort wegen restierender Beiträge gestrichen. Es ist doch von diesem Kollegen eine Unverfrorenheit, wenn er unserm Vorsitzenden nach Vorwürfe macht, er solle sich um sein Verbandsbuch kümmern, wo er doch wissen mußte, daß er gestrichen ist. Klebing beklagt sich überhaupt, daß viele Kollegen sehr nachlässig sind in der An- und Abmeldung, auch wird immer Klage geführt wegen der Beitragszahlung. Es meinen viele Kollegen, wenn sie 15 Mk. verdienen, genügt die 10-Pfg.-Marke. Es sind selbstverständlich auch immer diejenigen Kollegen, die es nicht der Mühe wert finden, die Versammlungen zu besuchen. Im Punkt Verschiedenes wurde von den Schleifern der Aktiengesellschaft vorgebracht, daß der neue Geschäftsführer, Herr K n u e t h, immer Neuerungen einführen will, welche bei den Kollegen keinen Anklang finden. Es wird deshalb in andern Betrieben angefragt werden, wie sich die Sache dort verhält. Ueberdies hat der Zentralverband in solchen Angelegenheiten auch ein Wort mitzureden, was sich Herr Kinneth ein für allemal merken möchte; denn die Weißentädter sind nicht diejenigen, die sich von einem früheren Anführer jetzt auf der Nase rumtanzen lassen. Auch wurde dieses Jahr bei dem Grabsteingeschäft Reuper u. Schörner der Normaltarif zur Anerkennung gebracht. Man war der Ansicht, daß derselbe nun auch Gültigkeit hat; wer aber dieses glaubt, der hat sich getäuscht. Es klagen fortwährend die Kollegen darüber, daß die Inhaber nicht einmal bei festgesetzten Stundenlohn bezahlen, sind doch keine zwei Schleifer dabei, die 35 Pfg. Stundenlohn bekommen, trotzdem Herr Reuper sagt, die besten und zuverlässigsten Arbeiter zu haben. Dasselbe gilt auch für Steinmetzen. Es ist doch im Tarif vorgesehen, daß das Geschäft für 100 Stück Eisenhäfen 20 Pfg. vergütet, dasselbe auch für Stockhammer; aber alles dieses kümmert den Herrn nicht, da müssen die Steinmetzen sogar die Kohlen zum Schürfen selbst kaufen. Wir ersuchen die Herren Unternehmer, etwas besser nach dem Tarif zu sehen, damit solche Mißstände verschwinden und wir die Oeffentlichkeit nicht zu benutzen brauchen. (Wo bleibt denn da das Schiedsgericht? Warum wenden sich die Kollegen nicht an diese Instanz? Red.)

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.
Ausgeschlossen auf Grund des Statuts, § 3 Abs. 5b, wurden in Mannheim Gustav Ehler (Buch-Nr. 23706), geb. am 25. Juni 1877 zu Neustadt a. S., und in Crailsheim Friedrich Rosjinski.

Rundschau.
Wahl eines Lokalangehörigen in Demitz-Thumitz. Der bisherige Angehörige der Zahlstelle, Kollege Purche, verläßt am 1. Oktober seine Stellung, um eine Lagerhalterstelle in Eßdöblitz zu übernehmen. Durch Urabstimmung vom 18. September wurde als neuer Angehöriger Kollege Paul Beyer mit 671 gegen 125 Stimmen, welche auf zwei andre Kandidaten entfielen, gewählt. Bemerkenswert sei, daß alle drei Bewerber von der Wahlkommission für fähig erachtet wurden, diesen Posten auszufüllen. Kollege Purche hat seinen Posten musterhaft verwaltet. Mit etwa 400 Mitgliedern übernahm er die Zahlstelle, während diese heute über 1000 zählt. Sein Scheiden aus der bisherigen Stellung wird allgemein bedauert, aber er wird auch fernherhin für den Verband tätig sein, bleibt er doch im hiesigen Orantengebiet wohnhaft.

Schöne Mitgliederzunahme. In den Zahlstellen Niederlawaich (Fichtelgebirge), Steinaich (Zübingen), Rammelshausen (Hals) und Häslich (Rauß) sind in den letzten Wochen insgesamt 400 neue Mitglieder gewonnen worden. Aus diesem Beispiel geht hervor, daß der Verband in den Grenzbezirken noch ungeheurer ausbreitungsfähig ist. — In den Rast-, Porphy-, Diabas-, Basalt-, Granit-, Sandstein-, Schieferbrüchen usw. finden noch so viele Leute, daß die Agitation Erfolg haben muß. — Wir können nur wünschen, daß unsere Kollegen in der Agitationsarbeit nicht erlahmen möchten.

Die die Unternehmer Wort halten und Beiträge respektieren, zeigt wieder einmal folgender Fall. Die Steinhauer in Sand Margrethen (Schweiz) haben am 1. September ihren gegenwärtigen Arbeitsvertrag zum 1. März 1912 gekündigt mit der Motivierung, daß derselbe zu unfruchtbarer Arbeit nicht mehr passe und zu beständigen Streitigkeiten Anlaß gebe. Darauf haben die Meister geantwortet, daß die Arbeiter die Kündigung zurückziehen müßten, andernfalls sie sich Gegenmaßregeln erlauben würden. Die Steinhauer ihrerseits antworteten unterm 6. September, daß die weitere Anerkennung des Tarifs keinen Wert habe und sie bereit seien, mit den Meistern einen neuen Tarif zu beraten. Die Antwort darauf waren abermalige Drohungen unter Hinweisung, daß sie die zu vergebende Arbeit für die Post in St. Gallen unter allen Umständen noch nach den bisherigen Anschlägen zu machen gedenken. Wenn wir nach monatelangen Unterhandlungen einmal den Steinmetzmeistern sagen, wir wollen nun ein Resultat sehen, dann wollen sie uns vergewaltigen. Als sie sahen, daß ihre Drohungen nichts nützen, haben sie am 21. September sämtliche Steinhauer aus S a g e r e t. Und dies in der Zeit, wo doch der Arbeitsvertrag noch bis zum 1. März 1912 in Kraft ist. Was soll nun wohl der Baumeisterverband dazu, der beständig behauptet, unsere Mitglieder halten die Arbeitsverträge nicht? Hier ist offenkundiger gewaltthätiger Vertragsbruch seitens seiner Mitglieder. Die Antwort können wir uns denken; sie lautet: Schwarze Listen. Gemeiner kann man nicht sein.

Sind Steinmetzen oder Steinhauer qualifizierte Arbeiter? Im Jahre 1898 verunglückte ein Kollege, welcher damals Voller in einem Steinbruch des Rastliger Waldes war, dadurch, daß er durch einen abpringenden Keil das linke Auge verlor. Seit der Zeit bezieht er eine Rente von 30 Prozent. Im letzter Zeit

weigert; und man kann der Versicherung der Deutschen Bank glauben, daß sie in jüngster Zeit keinerlei Vorkrisse von englischen oder französischen Banken und Firmen genommen oder beanprucht habe, sondern selber bedeutende Guthaben im Auslande unterhalte. Immerhin hatte eine Art finanzieller Kriegsführung zur Schwächung und rascheren Niedermachung des Gegners bei den diplomatischen Verhandlungen eingesetzt und Deutschland hat hier infolge seiner eigenartigen wirtschaftlichen Entwicklung verwundbarere Stellen als etwa Frankreich oder England. Unser rascherer ökonomischer Aufschwung läßt infolge der stärkeren Kreditbeanspruchung unsern Zinsfuß stets höher stehen wie in Paris oder London. Der höhere Zinsfuß lockt in außerordentlichem Maße fremde Gelder und Kapitalien heran. Aber der breitere, reichlicher bemessene Kreditunterbau ist an sich, rein ökonomisch, in Zeiten der Gefahr wenig zuverlässig; und soweit vollends die Guthaben des Auslandes in Frage kommen, können unbestreitbar rein politische Erwägungen zu weiteren Störungen führen.

Doch wird man das alles nicht überschätzen dürfen. Solange dem ausländischen Kapital die Anlage in Deutschland rentabler und sicherer erscheint, wird es kaum in wirklichen Massen abwandern, nur um einem „patriotischen“, „nationalen“ Bedürfnis zu genügen. In der Tat spielen bei der Zurückziehung französischer Gelder die eigenen heimischen Bedürfnisse eine große Rolle. Vor allem verlangt das französische Wirtschaftsleben infolge der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel und Rohstoffe, ferner infolge der drüben schon vorher ausgebrochenen und weiter andauernden Börsenkrisis selber nach neuen Geldern und Kapitalien. Beispielsweise hat sich der Goldhaushalt der Bank von Frankreich seit Ende Juni, also seit dem Beginn der Marokkokrisis, stark vermindert, während die Deutsche Reichsbank gleichzeitig zunächst noch Zugänge verzeichnete. Indes wird man dem Berliner Tageblatt recht geben müssen, wenn es das deutsche Finanzkapital zu ruhigerer und soliderer Betätigung ermahnt: „Müssen wir aus den jetzigen Vorgängen am Geldmarkt eine Lehre ziehen, so kann es nur die sein, daß ein Land wie Deutschland mit so ungestümmen industrieller Entwicklung und so starkem einheimischen Geldbedarf nicht soviel Kapital wie in den letzten Jahren langfristig im Ausland festlegen soll. Der Ehrgeiz, zu den ersten Bankiers der Welt zu gehören, steht einem Lande, das einen erheblichen Teil der langfristig ins Ausland gethene Gelder sich kurzfristig vom Ausland zurückziehen muß, nicht sonderlich gut an, wenn auch seine Finanzkreise bei diesem zweifelhafte Geschäft zweimal verdienen mögen. . . . Es ist zweifellos richtig, daß die wechselseitige finanzielle Verquickung zwischen den großen Kulturländern, die in ihrer jetzigen enghemischen Kompliziertheit erst ein Produkt der letzten Jahrzehnte ist, absolut nicht übersehen, höchstens ahnen läßt, welche wirtschaftlichen Folgen und Verschiebungen ein großer europäischer Krieg im Zeitalter des geschäftlichen Internationalismus haben kann und haben muß. Für jede beteiligte Nation bedeutet ein solcher Krieg einen wahrscheinlich verhängnisvollen Sprung ins Dunkle.“

Da seit der letzten Rundschau die Entwicklung der Getreidepreise nicht weiter aufwärts, sondern sogar abwärts ging, so seien die heutigen Preise nur kurz nachgetragen. Wir fanden am 4. September Dezemberroggen auf seinem Höchstpunkt mit 199,25 Mark; er notierte am 18. September 186% Mark. Dezemberroggen stand am 4. September auf 220,75 Mark; er notierte am 18. September 209% Mark. Selbst das sind noch sehr hohe Preise und daß die späteren Erzeugnisse stets höher wie die näheren Termine bewertet sind (Mairroggen 193%, Mairweizen 216), zeigt deutlich, wie der Handel die spätere Zukunft des Getreidemarktes einschätzt.

Berlin, 25. September 1911. Max Schippel.

Die Augen auf!

Je näher der Zeitpunkt der Reichstagswahlen heranrückt, um so toller wird die Hege, die die junckerlich-zentrikumliche Reaktion im Verein mit dem großindustriellen und mittelstandretterischen Scharfmachertum gegen die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterkraft entfaltet. Die Helben, die nach der Hurrwahl von 1907 in selbstmitleidiger Verblendung die Sozialdemokratie niedergeberritten wählten, und die ihren Sieg mit bramarbasierenden Worten verkündeten, hat längst ein Grauen vor dem Ausfall der nächsten Wahlen gepackt, und in ihrer schlotternden Angst schreien sie nun wie wahnfinnig nach der Hilfe des Staats und nach Ausnahmegeetzen. Mehr als je wird die Sozialdemokratie als vaterlandslose und vaterlandsfeindliche Partei verdächtigt, und mehr als je werden die in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden organisierten Arbeiter als eine Horde gewalttätiger Terroristen hingestellt, gegen die sich die Gesellschaft durch Verschärfung der Strafgeetze und durch besondere Geetze schützen müsse. Daß sich die Scharfmacher und die politischen Finsterlinge durch diese Hege die Sympathie der von ihnen verratenen und ausgeplünderten Volksmassen wiedererringen könnten, ist wohl ausgeschlossen; denn durch ihr schamloses Treiben werfen sie nur ihre so oft vorgegebene Maske der Volksfreundlichkeit ab und zeigen sich nackt als das, was sie sind: kruppellose Gewaltmenschen, denen zur Erhaltung ihrer Herrschaft und zur Unterdrückung der breiten Volksmassen auch das verwerflichste Mittel nicht zu schlecht ist.

Können also diese offenen Reaktionäre der Arbeiterkraft nicht gefährlich werden, so ist das anders bei jenen demagogischen Dunkelkammern, die im Grunde ihres Herzens nicht weniger reaktionär sind als ihre ehrlichen Gestinnungskumpen, die es aber doch für geboten erachten, in der Öffentlichkeit, besonders vor Wahlen, den Volkspöbel mit dem Lammfell zu vertäufeln und den hochherzigen Freund und Gönner des armen Mannes zu mimen. Das mag den Herrschaften manchmal schwer genug fallen; aber unter dem allgemeinen Wahlschrei, wo man „leider“ auf die breiten Volksmassen angewiesen ist, und auf sie Rücksicht nehmen muß, läßt es sich nicht gut anders machen. Da gilt es, die Volksmassen für die reaktionären Pläne einzufangen, ihnen Honig ums Maul zu schmieren und ihnen wunderbare Versprechungen zu machen, die nachher wie Seifenblasen zerplatzen — nur um mit Hilfe der Volksmassen die Macht zu erlangen — die notwendig ist, um das Wohl derselben Volksmassen rücksichtslos zertreten zu können. Was haben, um nur an ein Beispiel zu erinnern, die Junker und Junkergenossen mit ihren ins Land geschickten Hezaposteln bei den Hurrwahlen im Jahre 1907 dem armen Volke alles versprochen, und wie hat diese Sippchaft, nachdem sie durch die Angst und die Dummheit großer Volksmassen zur Macht gekommen war, dieselben Volksmassen, die auf ihr Wort gehört, die ihr vertraut hatten, durch die Reichsfinanzreform ausgeplündert und durch die Reichsversicherungsordnung getäuscht.

Und nun geht diese Honig-ums-Maul-Schmiererei aufs neue los. Neben den offenen Gewaltmenschen, die die Arbeiterbewegung durch Ausnahmegeetze oder gar durch Bajonette und Kanonen vernichten möchten, treten wieder jene hinterhältigen und demagogischen Reaktionäre auf, die dem Volke Sand in die Augen zu streuen und die ihm klarzumachen versuchen, daß sie doch die einzig wahren „Volkshreunde“ seien. Da feiern all die alten Hprofen von der „Verständigung der Interessen aller“, von der „Hilfsbereitschaft der bürgerlichen Parteien für die Arbeiter“ und von der „gesellschafts- und vaterlandsfeindlichen Tätigkeit der Sozialdemokratie“ ihre Auferstehung, und Leute, die in Wirklichkeit aus allen Poren nach Arbeiterhaß und Arbeiterfeindschaft stinken, triffen öffentlich förmlich von Arbeiterfreundlichkeit. Diesen Wölfen im Schafspelz fällt die Aufgabe zu, die volksauswucherischen Faten der reaktionären Parteien durch einen möglichst großen Wortschwall vergessen zu machen und ihre Sünden in einem Meer von Lügen zu erlöchen. Ihnen

fällt auch die Aufgabe zu, den Andrang zu vermissen, den ihre ehrlichen reaktionären Komplicen durch ihre scharfmacherischen Forderungen hervorgerufen haben. Und ganz zweifellos ist das Auftreten dieser Art Leute für die Arbeiterfrage viel gefährlicher, als das Auftreten der Kurastierstiefelmänner mit ihrem passigen Draufgängerturn.

Zu den gefährlichsten Verbündeten für die volksfeindlichen Parteien gehören die christlichen Gewerkschaften und ihre Organe, die zwar in den letzten Jahren nicht selten Schulter an Schulter mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern schwere Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter führten, die es aber gleichwohl für gut befinden, politisch jene reaktionären Parteien zu unterstützen, die den Arbeitern durch die Aufbürdung schwerer Bülle und Steuern ihre durch gewerkschaftliche Kämpfe errungenen und teuer verdienten Großen wieder aus der Tasche ziehen. Seit Monaten sind die Spalten der christlichen Gewerkschaftsblätter mit den allerschärfsten Angriffen gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften gefüllt, und man kann ruhig sagen, daß diese Blätter zu den gefährlichsten Schrittmachern der Reaktion gehören. Hat sich doch das Blatt der christlich organisierten Bauarbeiter, die Baugewerkschaft, nicht geschämt, im Anschluß an einen Haufen Terroristmuslügen offen mit ihrem Eintreten für Ausnahmegeetze zu drohen, und die ganze Hege der andern christlichen Gewerkschaftsblätter gegen die frei organisierte Arbeiterkraft läuft auf nichts anderes als auf eine Vorbereitung und Materialbeschaffung für Ausnahmegeetze hinaus. Wir sehen also die christlichen Gewerkschaften zurzeit auf politischem Gebiet mehr denn je Hand in Hand mit den schlimmsten Reaktionären und den gefährlichsten Scharfmachern arbeiten. Seit ihnen der Papst den Frieden mit den katholischen Fachabteilungen zur Pflicht gemacht hat, sind sie in der Bekämpfung des Fortschritts und der freiorganisierten Arbeiterkraft weit unter das moralische Niveau dieser Streikbruchorganisationen gesunken, und seitdem das Zentrum, dessen erbärmlicher Schwanz die christlichen Gewerkschaften sind, wieder Regierungspartei ist, müssen diese Gewerkschaften für die Regierung das Material zu Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterkraft liefern.

Eine alte, oft totgeschlagene, aber nichtsdestoweniger immer wiederkehrende Füge, mit der jetzt vor den Wahlen alle reaktionären Parteien und selbstverständlich auch ihre christgewerkschaftlichen Trabanten erneut haarkerten gehen, ist die alberne Behauptung, die Sozialdemokratie nehme es mit den Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht ernst, sie habe sich der praktischen Gesetzgebungsarbeit immer entgegen gestemmt, während die bürgerlichen Parteien immer bestrebt gewesen seien, die Lage der Arbeiterkraft zu verbessern. Wer den Gang der politischen Ereignisse auch nur einigermaßen verfolgt hat, der lächelt

Treibt Agitation!

Kollegen, nützt die Zeit und entfacht noch eine rührige Agitationsarbeit. In den schon bestehenden Zahlstellen können noch Tausende von neuen Mitstreitern gewonnen werden. Die agitatorische Kleinarbeit muß unverzüglich betrieben werden; in den Monaten November und Dezember ist, wie die Erfahrung lehrt, eine Mitgliederzunahme kaum mehr zu erwarten.

Es gibt noch eine Reihe von Steinbruchgebieten, welche organisatorisch überhaupt noch nicht erschlossen sind. Da ist es unsere Aufgabe, alles zu tun, um diese fernstehenden Berufskollegen über ihre oftmals erbärmliche wirtschaftliche Lage gewissenhaft aufzuklären.

Kollegen, geht nochmals ungesäumt ans Werk, damit auch im dritten Quartal eine ansehnliche Mitgliederzunahme eintritt.

über das kindische Unterfangen, durch solche albernem Mägen die Tatsachen auf den Kopf stellen zu wollen. Die Sozialdemokratie ist doch nichts anderes als die aufgeküllte Arbeiterschaft selbst; deshalb ist es ganz selbstverständlich, daß sie gar keine andre Politik treiben kann, als wie sie im Interesse der Arbeiter liegt. Die Sozialdemokratie ist die reine Interessensvertretung der Arbeiter und des niederen Volkes; sie hat nie behauptet, daß sie etwa neben den Interessen der Arbeiter auch die der Junker, der Schlotbarone und der millionengelegneten Handelsherren vertritt oder vertreten wolle. Sie ist die Arbeiterpartei und kann als solche logischerweise nur die Interessen der Arbeiter und der ihnen gleichgestellten Volksschichten vertreten. Die Vertretung der Interessen der Junker, Schlotbarone und Handelsherren, die den Interessen der Arbeiter fast immer strikte entgegenstehen, überläßt sie den Vertretern dieser Gruppen, den Konservativen, Nationalliberalen, dem Zentrum usw. Würde die Sozialdemokratie die Interessen der Junker und Großgrundbesitzer vertreten, so müßte sie dabei notwendigerweise die Interessen der Arbeiter schädigen, sie müßte für hohe Zölle, für Grenzsperrung und für den Zustand eintreten, der es ermöglicht, daß die Junker und Großgrundbesitzer einen Profit machen, wenn sie, wie das gegenwärtig der Fall ist, die Tomne deutsches Getreides im Ausland um 50 M. billiger verkaufen als im „geliebten“ Vaterland, wo unter der armen Bevölkerung eine Hungernot auszubrechen droht. Das kann die Sozialdemokratie nicht vertreten, weil dadurch die Volksmassen ausgeplündert werden, während die Junker und Großgrundbesitzer riesige Profite erzielen.

Im Interesse der Arbeiter und der Volksmassen muß die Sozialdemokratie das Gegenteil von dem fordern, was die Junker und Junkergenossen in ihrem Interesse haben müssen. Aber trotz dieser gegenteiligen Interessen wollen die Junker und Großgrundbesitzer die Volksmassen glauben machen, sie wollten oder könnten gleichzeitig für ihre eigenen Interessen und für die der Arbeiter eintreten. Das ist ein erbärmlicher Schwindel! Noch nie haben sie das getan, noch nie haben sich diese Leute um das Wohl des armen Mannes gekümmert, immer waren sie nur auf ihren Profit und ihr eigenes Wohlgergehen bedacht. Und wie die Junker, so die verschiednen andern Stände. Jeder Stand vertritt in erster Linie seine eigenen Interessen oder läßt sie durch die von ihm geschaffene Partei vertreten. Der Junker handelt klug und in seinem Interesse, wenn er konservativ wählt und der konservativen Partei angehört, der Schlotbarone und millionenreiche Handelsherr handelt nicht minder klug, wenn er nationalliberal wählt und organisiert ist. Der Großkaufmann und Börsenmensch wäre vielleicht unklug, wenn er sozialdemokratisch statt freisinnig wählte; aber die Arbeiter wären Narce und träten ihre eigenen Interessen mit Füßen, wenn sie anstatt einen Vertreter der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, einen Vertreter der Junker, Schlotbarone, Handels- oder Kaufherren wählten oder den Parteien dieser Stände zugehörten. Die Vertretung der Arbeiter ist die Sozialdemokratie, daher kann ein vernünftiger Arbeiter nur ihr angehören und nur ihren Kandidaten bei

Wahlen seine Stimme geben. Alle Forderungen anderer Parteien an Arbeiter, insbesondere auch die des Zentrums, sind Forderungen zum Verrat an unsern eigenen Interessen. Darum noch einmal: Die Augen auf!

Klassenhaß und Arbeiterbewegung.

Den zahlreichen Gegnern der proletarischen Klassenkämpfer geht das Verständnis für die Ursachen und Triebkräfte der Klassenkämpfe ganz oder teilweise ab. Sie müssen daher — je nach dem Grade ihrer Unkenntnis — über die in der kapitalistischen Gesellschaft sich abspielenden Klassenkämpfe zu einem mehr oder weniger schiefen und unzutreffenden Urteil gelangen.

In der Tat überbieten die verschiedenen Gruppen und Klassen einander in der Bekämpfung und Verleumdung der Klassenbewußten Arbeiter. Sie appellieren an den Unerfand und den Autoritätsglauben der breiten Massen, um sie gegen die proletarischen Klassenkämpfer scharf zu machen. Dabei werden die niedrigsten Instanzen untergehoben. Es ist ein starkes Stück, wenn von vaterlandslosen Umtrieben internationaler Staatsumstürzler gesprochen wird. Schlimm aber ist es, wenn gesagt wird, daß die Aufklärungsarbeit der Klassenbewußten Arbeiterschaft nichts als Verhegung des Volkes sei. Und diese Verhegung habe zum Zweck, künstlich Klassengegenstände und Klassenhaß im Volke zu erzeugen, um die Herrschaft schließlich mit Gewalt in die Hände der Umstürzler zu bringen. Das ist geradezu ein Hohn — und zugleich eine treffende Kennzeichnung — auf die Volksbildung der heutigen Gesellschaft. Das Treiben der Gegner der Klassenbewußten Arbeiterschaft ist aber nichts anderes als der Ausfluß des glühendsten und unverhülltesten Klassenhaßes der besitzenden Klassen, der mit vergrößerter und wachsender Schärfe gegen die erwachende Arbeiterklasse genährt wird.

Gürwahr, es heißt doch zum mindesten die Dinge auf den Kopf stellen, wollte man die proletarischen Klassenkämpfer für den Klassencharakter und die unüberbrückbaren Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft verantwortlich machen. Die Klassengegenstände sind wahrlich keine Produkte der proletarischen Klassenkämpfer, aber die proletarischen Klassenkämpfer sind sehr wohl geschaffen durch die Produktionsweise des Kapitalismus.

Die Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise, die Mehrwertgewinnung, mußte die Produktionsmittel ständig verbessern und vergrößern. Die ins Riesenhafte vergrößerten Produktionsmittel paßten aber nicht mehr in den Rahmen der handwerksmäßigen Produktion hinein. So entwand der Kapitalismus dem Handwerker die Produktionsmittel und ließ das Handwerkertum in das Lohnproletariat versinken.

Der vom Lohnproletariat geschaffene Wert, der als ein neuer Wert im Produkt erscheint, ist größer als der Arbeitslohn. Das Produkt geht in den Besitz der Kapitalisten über. Die Kapitalistenklasse erhält im Produkt ein Mehr an Werten aurid. Dieses Mehr an Werten, Mehrwert, wird den eigentlichen Schöpfern — den Lohnarbeitern — vorenthalten. Der Mehrwert rührt her von der Ausbeutung der Lohnarbeiter. Und eben diesen Mehrwert ständig zu vergrößern, ist der Zweck und die Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise. Das Klassenbewußte Proletariat kennt die Triebkraft und kennt auch die Tatsache, daß nur der Besitz an Produktionsmitteln den Besitz an den erzeugten Produkten gewährleistet. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet, menschliche Arbeitskraft an den angelegenen Produktionsmitteln auszubeuten. Darum ist es sinnlos, die Kapitalistenklasse als die Urheberin der Ausbeutung bejzonders zu hafsen, denn sie ist ja auch nur ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung. Ebenso sinnlos ist es aber auch, die Gefühndung der gesellschaftlichen Zustände und die Lösung der großen sozialen Frage durch das Predigen der sozialen Einsicht unter der Kapitalistenklasse herbeiführen zu wollen. Es gilt, die Produktion durch die Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz auf eine gesunde Basis zu stellen. Denn nur der Besitz an den Produktionsmitteln gewährleistet den Besitz an den erzeugten Produkten.

Daher ist ein Klassenhaß bei den proletarischen Klassenkämpfern gar nicht vorhanden. Wohl aber ist ein wirklicher Klassenhaß bei den besitzenden Klassen zu finden, deren Existenz aufs engste mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft ist. Die Arbeiterklasse wird zum gemeinsamen Feind der besitzenden Klassen, deren Interessen bei der Verteilung des Mehrwerts durchaus nicht zusammenfallen.

Solange der Kampf der Arbeiterklasse auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse gerichtet war, ohne die bemuchte Uenderung der Produktionsweise — also der gesellschaftlichen Zustände — zum Ziele zu haben, war er ein Kampf um den Anteil an Arbeitsverträge. Die Kapitalistenklasse war nicht in ihrer Existenz bedroht, denn der Besitz an Produktionsmitteln sicherte ihr Mehrwert. Den Mehrwert verteilten die Kapitalisten unter sich, während die Lohnarbeiter im Arbeitslohn die Ware Arbeitskraft bezahlt erhalten. Und der Wert einer Ware richtet sich nach der zu ihrer Wiederherstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Die Ware Arbeitskraft wird durch das Ueberangebot an Arbeitskräften unter ihrem Wert bezahlt. Dazu gestellte sich das Bestreben der besitzenden Klassen, die Bedürfnisse der Lohnarbeiter niedrigerhalten und zu drücken, um einen möglichst geringen Aufwand von Arbeit (Lebensmitteln) zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft machen zu müssen. Der Kampf der Arbeiter hatte schon ein erhebliches Interesse für die besitzenden Klassen, wenn er sich selbst nur darauf beschränkte, den vollen Arbeitslohn zu erhalten und die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen zu steigern. Sobald die Arbeiterklasse durch die Erkenntnis der Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung dazu gedrängt wurde, die Entwicklungsstendungen der großkapitalistischen Produktionsweise auf die Fahne zu schreiben, wurden die besitzenden Klassen vom glühendsten Klassenhaß ergriffen. Denn die vom Proletariat angeforderte Veragsellschaftlichung der Produktionsmittel bedroht die Existenz der besitzenden Klassen.

Was liegt dem Klassenbewußten Proletariat daran, einen besonderen Haß auf die besitzenden Klassen zu werfen? Gar nichts! Durch das Schüren des Klassenhaßes hat das Proletariat ja nichts gewonnen. Die Kapitalistenklasse ist so aut ein Produkt der kapitalistischen Produktionsweise wie die Arbeiterklasse. Das wissen die zielbewußten Arbeiter sehr wohl. Darum kommt es für sie nicht darauf an, Klassenhaß zu hegen und zu verbreiten, sondern es kommt darauf an, das Grundübel an der Wurzel zu erfassen.

Es sollen die hochentwickeltesten Produktionsmittel beibehalten und in gesellschaftlichen Besitz übergeführt werden.

Aphorismen.

Es geht den Büchern wie den Jungfrauen. Gerade die besten bleiben oft am längsten sitzen. Aber endlich kommt doch einer, der sie erkennt und aus dem Dunkel der Verborgenheit an das Licht eines schönen Wirkungskreises hervorzieht.

F e u e r b a d.

Bücher sind gute Gesellschaften. Wer in ein Zimmer tritt, in dem sich Bücher befinden, den scheinen sie, noch ehe er sie aus den Regalen nimmt, anzureden, zu begrüßen, und dem scheinen sie zu sagen, daß etwas von ihren Einbänden umschlossen wird, das ihm nützlich sein kann, und daß sie nichts Besseres wünschen, als es ihm mitzuteilen. Deshalb haltet die Bücher in Ehren und verucht, den besten Gebrauch von ihnen zu machen.

William G. Labstone.

Taktisches bei Lohnbewegungen und Streiks.

III.

Eine bedenkliche Erscheinung ist es, daß über die hohen Summen, die für die geführten Streiks ausgegeben wurden, in Kollegentreisen noch nie eine Stimme der Kritik vernommen wurde. Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter hat durchschnittlich in den letzten Jahren etwa 180 000 bis 170 000 Mk. an Streikunterstützung ausgegeben. Das sind ungeheure Summen, und es ist bei solch enormen Ausgaben die Pflicht der Kollegen, zu fragen, hätte sich dieser Ausgabeposten nicht verringern lassen, unter der Voraussetzung, daß dabei die Kollegenschaft bei den Kämpfen selbst nicht schlechter abgeköhnt hätte. Wir kennen eine Reihe von Kollegen, welche der Meinung sind, je höher das Streikkonto belastet wird, desto größer das Renommee des Verbands. Eine solche Anschauung ist irrig. Allerdings mit Gründen der Sentimentalität läßt sich jeder Dauerstreik rechtfertigen, aber taktische Maßnahmen dürfen nicht von Gefühlsargumenten beeinflusst werden.

Als Uebelstand ist es ferner aufzufassen, daß nach einem beschlossenen Streik sehr häufig in Geldsachen die örtlichen Verwaltungen den Kopf verlieren. Besonders in jüngeren Jahreshellen werden oft an die Lokalkassen recht unbegründete finanzielle Forderungen gestellt. Da werden Zuschüsse verlangt, die absolut nicht zu rechtfertigen sind. In Zeiten des Friedens ist es keinem Menschen eingefallen, lokale Beiträge zu leisten, da wären 5 oder auch 10 Pfg. pro Woche zu hoch gewesen. Ist aber der Streik proklamiert, dann möchte der Kassierer mit vollen Händen geben. — Recht unerquicklich geht es oft zu, wenn für die Arbeitswilligen die „Abschiebekosten“ festgesetzt werden. Diese Taugenichtse stellen ja die unverzichtbarsten finanziellen Forderungen. Es ist vollständig verkehrt, wenn sich die Streikleitungen von solchen lieblichen Elementen breitschlagen lassen wollen. Da heißt es: Die Hand auf den Beutel. Die mühsam zusammengekauften Verbandsgelder sind nicht dazu da, um arbeitswillige Subjekte zu einem besonderen Profit zu verhelfen. Die streikenden Kollegen erhalten selbstverständlich ohne weiteres die statutarische Unterstützung, kein Pfennig wird ihnen davon entzogen. Aber die Streikleitungen müssen bei dem Auszahlen der Streikgelder peinliche Genauigkeit walten lassen. In Braunschweig und Kiel hat man bei den verflochtenen Kämpfen die Streiklisten gefälscht. Ein solch unehrliches Verfahren ist einfach beschämend. Wer mit der Verwendung von Arbeitergeldern zu tun hat, muß von einer großen Verantwortlichkeit beseelt sein. Wer in unserm Verbande Gelder veruntreut, muß damit rechnen, daß er schonungslos den Gerichten übergeben wird. Unser Leitmotiv muß sein: In Verwaltungen, besonders in Geldangelegenheiten, größte Ehrlichkeit an den Tag legen.

Die Arbeit der Kommissionsmitglieder ist keine leichte. Beim Aufstellen des Tarifs haben sie schon manche Nachtstunden vollbringen müssen, und wenn die Verhandlungen nicht wunschgemäß vor sich gehen, dann müssen sie bei der Arbeit manch bissige Redensart mit anhören. Ein markantes Beispiel aus letzter Zeit muß Schreiber dieser Zeilen doch anführen. Die Tarifkommissionsmitglieder hatten unter Hinzuziehung eines Vorstandsvertreters mit der bestreikten Firma D. eine lange Verhandlung. Nach Beendigung derselben gingen in das Vereinslokal, um die Berichterstattung vorzunehmen. Die Kommissionsmitglieder hatten die Meinung, daß für die Arbeiter ganz ansehnliche Zulagen herausgeholt werden konnten. Aber wie wurde die Kommission angefeindet, wie sie die Abmachung zur Annahme empfehlen wollte. Tags darauf wurde mit dem Unternehmer G. verhandelt. Aber dieser Mann bewilligte für Steinmehlen fast gar nichts, trotzdem er auch bestreikt war. Jetzt entdeden die

Kollegen der Firma D. auch den Stern der Weisen. Sie tröten sich zu ihm, um die Unterschrift des Tarifs zu erwirken. Aber D. verlangt zu wissen, ob auch G. bewilligt hatte. Dieses mußte selbstredend verneint werden. Nun wollte auch D. die Zugeständnisse zurückziehen und nur durch ein späteres Parlamentarisch erzielten die Kollegen die Unterschrift. Hätte man der Leitung gefolgt, so konnten wir gleich am ersten Verhandlungstag die Tarifunterschrift haben, dann konnte der Unternehmer G. mit Leichtigkeit veranlaßt werden, daß auch er diese Abmachung respektiert. Aber unsere Kollegen haben es dem Herrn G., der sie schon sehr oft verhöhnt hat, recht leicht gemacht, daß er seinen arbeitersfeindlichen Standpunkt mit Leichtigkeit durchsetzen konnte. Die Leitung hatte es den Streikenden schon genug gesagt, wie es kommt, aber es nützte nichts. Auf diese Weise werden oft Tausende von Mark ausgegeben, die gespart werden könnten, wenn nicht sehr oft unsere Kollegen recht starrköpfig sein würden. Es empört uns heute noch, wenn wir sehen, daß durch die Eigenfönnigkeit untrer Kollegen der schwerreiche G. seinen Willen zur Geltung bringen konnte.

Es kommt im Zentralverband der Steinarbeiter immer mehr zu Abschlüssen von Bezirksstarifen. Es ist das eine ganz natürliche Entwicklung auf dem Gebiet des Tarifwesens. Andre Industrien haben uns hierin schon längst überholt. (Holzarbeiter, Maurer, Maler, Buchbinder, Buchdrucker usw.) Wenn in der Steinindustrie der Gedanke für den Abschluß von Bezirksstarifen noch nicht im weitesten Umfange realisiert wurde, so liegt das daran, weil in dieser recht unterschiedliche Gesteins- und Produktionsverhältnisse herrschen. Die Unternehmer sind überdies in mehreren Verbänden organisiert, so daß hierin ebenfalls ein Mangel liegt, und Lohnstarife für größere Gebiete nicht so leicht zum Abschluß kommen können. Es gibt einen Teil von Verbandsgenossen, die der Meinung sind, bei dem Bestehen der Lokaltarife würde der Arbeiterschaft mehr gebient sein. Wir neigen dieser Ansicht nicht zu.

Es steht fest, daß bei den Abschlüssen von Bezirksstarifen die bisher schlechter gestellten Zahlstellen am besten fahren. Weniger gut sind die Orte ab, die bis dato schon die höchsten Lohnlöhne durch die Macht des Verbandes erzielten. Es liegt auch im Interesse der Kollegen selbst, daß für ein zusammenhängendes Steinbruchgebiet die gleichen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen geschaffen werden. Allerdings für Steinmehlen und Schleifer ist es bedeutend leichter, Tarife, die für größere Bezirke gelten, abzuschließen. Schwieriger gestaltet sich die Sache schon, wenn die Brecher und Pflastersteinmacher in Frage kommen. Ob der Steinmehler oder Schleifer sein Werkstück in Demitz oder in Ramenz herstellt, ist ohne Belang, eine profilierte Treppe erfordert überall dieselbe Arbeitsweise. (Bei der Bearbeitung selbst kommt nur die unterschiedliche Härte des Gesteins in Betracht.) Ganz anders stellen sich die Verhältnisse für die Brecher. Für das Brechen eines Kubimeters Granit werden in Demitz 6-7 Mk., in Ramenz etwa 10 bis 12 Mk. bezahlt. Wenn so erhebliche Differenzen bestehen, dann allerdings haben die Brecher selbst ein großes Interesse daran, auf den Abschluß von Bezirksstarifen nicht zu drängen. Bei der Entlohnung der Brecher spielt eben die Gesteinslagerung eine eminente Rolle. Steht der Stein „schlecht an“, sind die Felsblöcke „ungang“ (stichig, rot durchdrert), so müssen für die Brecher durchweg höhere Löhne bezahlt werden. Aber auch die modernen Betriebsrichtungen sind von großer Bedeutung. (Wir nennen bloß die Hebefrane, guten Winden, das Vorhandensein der Bohrmaschinen usw.). Auch in der Pflastersteinbranche will der Gedanke des Bezirksstarifen nicht so leicht Eingang finden. Die Gründe liegen beinahe so, wie bei den Brechern. Aber in der Pflastersteinbranche haben wir ein recht reaktionäres Unternehmertum. Diese Herren machen in der ganzen

Steinindustrie die glänzendsten Geschäfte, aber Tarife abzuschließen, fällt ihnen gar nicht ein. Wir müssen uns in dieser Beziehung in Zukunft an die staatlichen und kommunalen Behörden wenden, von ihnen müssen wir verlangen, daß sie den Unternehmern die Verpflichtung auferlegen, mit ihren Arbeitern die Lohnverhältnisse tariflich zu regeln. Den organisierten Steinarbeitern steht sicherlich die Mithilfe der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten zur Seite. Herr Schall junior (Berlin) hat uns jüngst in feierlicher Weise folgendes erklärt: „Wenn uns (der Firma Schall) die Stadt Breslau vorschreiben würde, wir sollen mit unsern Arbeitern einen Tarifvertrag abschließen, dann mag diese Verwaltung ihre Steine herbeiziehen, wo sie will; unsere Firma liefert dann nicht mehr.“

Für die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Breslau ist es sehr wesentlich, daß sie nun einwandfrei weiß, wie die Firma Schall im Prinzip über die Tarife denkt.

Und hoffentlich steht sich der Herr Baurat nun auch veranlaßt, die Firma zu fragen, warum sie den Arbeitern nicht entgegenkommen will. In München, Augsburg, Regensburg usw. würde diese Firma ohne weiteres vor der Uebertragung städtischer Arbeiten ausgeschlossen werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Andauernde Börsenerrüttung. — Die ausländischen Gelder in Deutschland. — Die letzten Getreidepreise.

Die Börsenerrüttung ist vorläufig zum Dauerzustand geworden. Nicht nur in Berlin und Deutschland, sondern auch in Paris und London, aber die schwerste Erschütterung hat zuletzt der deutsche Wertpapiermarkt erlitten, und naturgemäß hat sich der Rückschlag von da aus auf andre Gebiete weiter ausbreitet.

Beispielsweise haben nicht bloß die Aktien der Ferratengesellschaften Kurseinbußen erlitten, sondern die Hypothekensanktute wurden unter dem Druck des allgemeinen Mißtrauens außergewöhnlich zurückhaltend in Darlehnsausgaben: „der sonst zum Herbst hin regelmäßig lebhafter werdende Grundbesitzwechsel hielt sich in äußerst engen Grenzen“. Schließlich spürte der ganze Geld- und Kreditmarkt die ängstliche Zurückziehung älterer Darlehen, die größere Vorsicht bei Gewährung neuer Kredite. In Paris stieg kurz vor Mitte September der Privatdiskont von 2½ auf 3 Prozent. In Berlin näherte sich der Privatdiskont rasch der offiziellen vierprozentigen Reichsbankrate; vorübergehend hatte er sie bereits einmal am 7. September erreicht, am 18. September ging er sogar über sie hinaus. Wenn deshalb soeben, am 19. September, die Reichsbankleitung den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöhte, so entspricht dies zwar äußerlich lediglich dem Vorgehen im Vorjahre, aber die Lage gegenüber dem Vorjahre ist im Grunde doch wesentlich gespannter geworden und ein Umschlag zum Besseren ist vorläufig nirgends zu erkennen. Am 7. September war die steuerfreie Notenreserve noch immer um 108,7 Millionen Mark höher als am gleichen Vorjahrstermin, während sie nach der Wochenübersicht per 15. September nur noch um 20,8 Millionen Mark die Vorjahrziffer überragte. Die Verhältnisse des alten, in dieser Beziehung noch im Vorjahre geltenden Bankgesetzes zugrunde gelegt, bleibt die jüngste Steuerfreiheit sogar um 68,4 Millionen Mark hinter dem Vorjahre zurück. Die Berliner Wechselkurse stellten sich mehr und mehr so hoch, daß ein Goldabfluß nahezu sicher ist. Kurzum, von allen Seiten sah man die Flüssigkeit des Geldmarktes bedroht und die daraus mit der Zeit naturnotwendig entspringende Einschränkung der Geschäftstätigkeit wurde überall bemerkbar.

In der Presse hat sich ein Streit darüber entsponnen, wie weit politische Berechnungen diese, zunächst rein wirtschaftlich bedingte Korrektur der vorangegangenen Ueberpekulation verstärkt und künstlich beeinflusst haben. Vor allem wurde der plötzliche Zurückziehung französischer kurzfristige in Deutschland untergebrachter Gelder eine Mißgünstigkeit an den deutschen Verlegenheiten zugeschrieben. Dabei sind zweifellos starke Ueberreibungen mit untergelaufen. So veröffentlichte ein großes New Yorker Blatt eine Kabelnachricht seines Pariser Korrespondenten: ein erstes Pariser Institut habe der Deutschen Bank die Erneuerung eines Vorkusses von 6 Millionen Frank ver-

VolksHygiene.

Die Gesundheitspflege, nach der alten griechischen Göttin der Gesundheit, Hygieia, zuletzt Hygiene genannt, wird seit langem von der gesamten kulturellen Welt in ihrem Werte anerkannt und hochgeschätzt. Vor allem in den letzten Wochen war dieses Thema in den meisten Kulturstaaten vornehmlich aktuell, wozu besonders die internationale Dresdner Hygieneausstellung den Anstoß gegeben hat.

Es gibt wohl kaum eine Zeitung, die über diese Ausstellung noch nicht berichtet hätte. Da wurde in langen, wohlgeleiteten Artikeln ausgeführt, wie die menschlichen Nahrungsmittel zusammengestellt und zubereitet werden müssen, um vom Körper auch möglichst vollständig ausgenutzt zu werden, es wurde erklärt, auf welche Weise aus Heizung und Beleuchtung die möglichsten Nuzeffekte herauszugehoben sind, man leitartitelte über Wasserreinigung und Trinkwasserversorgung, über die Bewertung von Abfallstoffen, über Kleidungs- und Wohnungshygiene und öffentliche Gesundheitspflege. Man demonstrierte den hohen Stand der bakteriologischen Forschung zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten. Kurz, auf allen mit der Volksgesundheit in Zusammenhang stehenden Gebieten zeigte man die Fortschritte von Technik und Wissenschaft, die alle dem guten Zwecke dienen, den unheimlichen Volkskrankheiten mit Erfolg auf den Leib rücken zu können.

Alle Achtung vor der Wissenschaft! Die Volkshygiene aus klassischer Vorzeit hat nach jahrhundertelanger mittelalterlicher Stagnation ihre große Auferstehung gefeiert. Und die moderne Wissenschaft hat sie zu vervollkommenen gesucht und erntet auf diesem Gebiete fast tagtäglich neue Erfolge und Triumphe, deren sich jeder Volkshygiene und gebildete Mensch nur aufrichtig erfreuen kann.

Seider aber muß eingeschaltet werden, daß alle die hier gezeigten Vorteile der Hygiene der großen Masse des Volkes nur in ganz bedingter Weise zustatten kommen können. Der voraussetzungslosen Wissenschaft alles Lob und alle Anerkennung. Trotz und vor allem aber fehlt es dennoch an den Grundbedingungen einer durchgreifenden und umfassenden Volkshygiene. Der heutige kapitalistische Staat ist zu ohnmächtig, die vitalsten Grundlagen einer wirklich guten und erfolgreichen Volksgesundheitspflege durchzuführen. Da zeigt man an der Hand streng wissenschaftlicher Beweis-

führung, welche und wieviel Nahrungsmittel der Mensch täglich zu sich nehmen muß, um nicht an Unterernährung zu leiden und langsam an Entkräftung dahinzusinken. Alles gut und schön. Aber hat denn die Masse des Volkes die Mittel, um diesen wissenschaftlich begründeten Gesundheitsmaßregeln gemäß leben zu können? Seiden nicht Millionen von Menschen an Unterernährung? Und liegt der kapitalistische Ordnungsklingel nicht oft genug über die Begehrlichkeit und „Unverschämtheit“ der Arbeiter, wenn diese darangehen wollen, sich mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen ein Dasein zu gründen, das bessere Löhne schafft und damit der Unterernährung auf den Leib rückt?

Man zeigt in prächtigen Ausstellungshallen die wissenschaftlichen Fortschritte in der Hygiene und wünscht, sie alle allen Menschen zugänglich zu machen. Schwachhygienische Utopisten, die sich im heutigen kapitalistischen Zeitalter auch nur einbilden, so etwas durchzuführen zu können! Die rauhe Wirklichkeit, der kapitalistische Staat verhindert das, und läte er es nicht, dann wären ja die Millionenprophete der Unternehmer bedroht! Ein heiliges Gut wäre den Besitzenden die Erhaltung der Volksgesundheit allerdings — so lange das nichts kostet. Da es jedoch pekuniäre Opfer erfordert, und folglich das „heiligste“ Gut der Besitzenden, ihren Geldsack, bedroht, bekämpft man auch die Begehungen der Arbeiter, die darauf hinauslaufen, die Volkshygiene in die Tat umzusetzen. Man begnügt sich damit, die Fortschritte der hygienischen Wissenschaft im Glasfassen zu zeigen.

Man spricht weiter über eine rationelle Reinigungs- und Wohnungshygiene, als wenn deren Befolgung nur der Ausbesserung bedürfte. Man zeigt die der Gesundheit zuträglichste Bekleidung und einfache, aber geschmackvolle und zweckentsprechende Ein- und Zweifamilienhäuser, umrahmt vom frischen Grün der schönen Natur. Wie sieht es aber in Wirklichkeit damit aus? Wüssen nicht Millionen Arbeiterfamilien sich damit begnügen, ihre Körperliche Blöße nur notdürftig zu bedecken, und sind sie nicht durch die erbärmlichen Verhältnisse gezwungen, zum allergrößten Teil in den mißsamendurchdrungenen Industriedörfern der Großstädte in Massen zusammengedrängt dahinzuzugieren, fern von frischer Luft und hellem Sonnenlicht?

Und weiter zeigt man, auf welche Weise schöne Parkanlagen und Badeeinrichtungen zu schaffen sind, um den menschlichen Körper in ozonreicher Luft und klarem Wasser zu haben und damit zu pflegen und zu kräftigen. Wagt es aber,

ihre Arbeiter, den Neuntundentag oder gar den Achtstundentag zu verlangen, um dadurch einige dürftige Zeit zu gewinnen, die auch gestattet, auch nach des Tages Last und Mühen in freier, gesunder Luft zu ergehen oder im Bade zu stärken und zu erquicken! Dann seid ihr Umstürzler und Rebellen, denn ihr rüchtet ja an der „göttlichen“ Weltordnung, und der satte Moralphilister nennt euer Begehren einfach eine bodenlose Unverschämtheit! Und wenn ihr auf eure ewigen Menschenrechte pocht und euch mit der Waffe der gewerkschaftlichen Organisation und des Streiks das erkämpft, was euch Unternehmerrergoismus und Geldsackstube verweigern, dann heulmetert die „gutgefinnte“ Presse über eure „Begehrlichkeit“, und der gefasste in der Theorie für Volkshygiene begeisterte Ordnungsklingel fällt über euch her und man möchte euch am liebsten mit Bajonetten und scharfen Patronen zur Hölle bringen. . . .

Volkshygiene! Man zeigt in prunkvollen Ausstellungspalästen den erhabenen Stand der Wissenschaft und macht ihr sein ehrfürchtvolles Honneur. Aber man zeigt die Volkshygiene in einseitiger Weise und vom kapitalistischen Standpunkt aus. Man demonstriert die Hygiene der Besitzenden. Man zeigt das „Wie“, aber nicht das „Warum“. Man schaltet das Arbeitervolk von der Ausstellung aus, denn es könnten dann einige „häßliche“ Pointen durch sie hindurchschusen, die satte „Rechtlicher“ beunruhigen würden. Es regt sich etwas wie ein böses Gewissen und man will nicht sehen lassen, daß der heutige kapitalistische Staat gar nicht in der Lage ist, eine durchgreifende Volkshygiene zu treiben, daß unter seinem System alles auf diesem Gebiete nur Fiktion und Sündenwerk sein kann. . . .

Dem Arbeiter aber zeigt diese Verhandlung, daß eine wahre und allgemeine Volkshygiene erst nach Beseitigung des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems durchführbar ist. Erst ein sozialistisches Gemeinwesen ist in der Lage, durchgreifende Reformen auf dem Gebiete der Volkshygiene zu schaffen und die Erfolge dieser hehren Wissenschaft auch in der Praxis allen Menschen zugänglich zu machen. Streben wir deshalb für Volksaufklärung und den Ausbau unserer Organisationen. Deren vollkommene Kraftentfaltung wird uns letzten Endes auch die Macht verschaffen, ein anderes Gemeinwesen zu begründen, das den gerechten Anforderungen aller Mitmenschen entspricht. Nur der sozialistische Staat wird in der Lage sein, auch eine wahre, durchgreifende und umfassende Volkshygiene durchzuführen. Merkt euch das und handelt danach!

schurige werden. Im Frühjahr erhob erst wieder ein freistimmiger Abgeordneter im Reichstage seine warnende Stimme und erklärte in würdevoller Tone, daß es die Aufgabe des Bürgertums sei, die Freiheit der Arbeiter gegen den Zwang der Gewerkschaften zu schützen.

Werkwürdig ist es denn doch: dieselben Freiheitshelden, die jede freie Meinungsäußerung und jede politische Betätigung, die ihnen nicht in den Kram paßt, mit den brutalsten Mitteln unterdrücken, dieselben Leute, die vor dem rücksichtslosesten Terrorismus nicht zurückschrecken, wenn es gilt, ihre nackten Geldbeutelinteressen zu verteidigen, diese selben Leute vergießen Krotoblutströme über das Bemühen der klassenbewußten Proletarier, ihre rücksichtslosen Arbeitsbrüder über die Schäden der Organisationslosigkeit aufzuklären und sie an ihre Koalitionspflicht zu erinnern. Selbstverständlich ist die ständige Enttäuschung der Scharfmacher lediglich Schwindel und blauer Dunst, denn gerade in den Reihen der Unternehmer herrscht ein Organisationszwang, gegen den der gewerkschaftliche Zwang das reine Kinderspiel ist. Wir erinnern nur an einen Aufruf, den der Verein deutscher Spreitfabrikanten erlassen hat, worin Anweisung erteilt wurde, wie man mit den Außenseitern verfahren müsse, die sich dem Spiritusring nicht anschließen wollten. Der Aufruf gipfelte in dem Satze, den wir wörtlich anführen: „Ein Außenstehender wird mitsamt seinen Abnehmern gehetzt werden wie ein Stück Wild, denn Gnade kennen wir nicht. Für uns gilt die Parole, daß sich ein jeder Kollege mit uns in Reich und Glied stellen muß oder er wird als Feind behandelt und zugrunde gerichtet!“

Dieser Verein besteht aus Männern der ersten Gesellschaftskreise, in seinem Vorstande sitzen Rittergutsbesitzer, Grafen, Professoren und Regierungsräte. Haben diese Terroristen eigentlich gar keine Angst vor dem Staatsanwalt? Wie würde es wohl dem Vorstand einer Gewerkschaft ergehen, der einen derartigen Terrorismus ausübte? Aber die erlauchten und gelehrten Terroristen können beruhigt sein, niemand wird ihnen ein Haar krümmen, denn die Göttin der kapitalistischen Gerechtigkeit drückt bei solchen Gelegenheiten beide Augen zu und befolgt den Grundsatz des alten römischen Rechtsverdrehers: „Wenn zwei das Lebe tun, so ist es noch lange nicht das selbe!“ Auch das Junkertum übt einen Terrorismus aus gegen die Leute, die gegen den konservativen Stachel anlösen und vor dem Bunde der Landwirte keinen Rotau machen, der Staat terrorisiert seine Beamten, die eine freiheitliche Gesinnung an den Tag legen, der Militarismus spielt sich als schlimmer Terrorist auf, indem er Wirte und andre Geschäftleute bonkottiert, und selbst die christlichen Kirchen schwingen mit rücksichtslosestem Terrorismus die Hungerpeitsche über den Köpfen der katholischen und evangelischen Modernisten. Also überall Terrorismus, nur mit dem Unterschiede, daß man diesen Terrorismus mit dem Mantel der Liebe deckt, während man über den gewerkschaftlichen Terrorismus Zeter und Mordio schreit.

Auf den Vorwurf, daß die Arbeiterorganisationen durch Zwangsmittel das freie Bestimmungsrecht der Unorganisierten zu beschränken suchen, wird gewöhnlich die Antwort gegeben, daß die Gegner der Arbeiterbewegung einen viel schlimmeren Terrorismus ausüben; es werden zahlreiche Terrorismusfälle aufgezählt und damit hält man die Sache für erledigt. Dieser Standpunkt erweist sich bei näherer Betrachtung als falsch, denn es ist aus moralischen Gründen verkehrt, eine Beschuldigung dadurch zu widerlegen, daß man dem andern eine noch schwerere Beschuldigung entgegen schleudert. Ein Mensch, dem ein Diebstahl vorgeworfen wird, kann sich bekanntlich nicht dadurch von dem Vorwurf reinwaschen, daß er andre Leute beschuldigt, sie hätten viel mehr und viel häufiger gestohlen als er. Ebenso wenig läßt sich der Vorwurf des Gewerkschaftsterrorismus durch den Vorwurf des Unternehmerterrorismus beiseite schieben, ganz abgesehen davon, daß die Arbeiterklasse den Beruf in sich trägt, eine höhere Moral zu erstreben und zu vertreten, als die kapitalistische. Während letztere unter dem Deckmantel der Freiheit eine Anechtung der großen Masse des Volkes durchführt, will erstere durch Anwendung eines moralischen Zwanges die Menschheit zur wahren Freiheit reif machen. Daher dürfte es unsre Leser interessieren, einmal die kapitalistische Freiheit und den gewerkschaftlichen Zwang nach moralischen Gesichtspunkten gegeneinander abzuwägen.

Uns modernen Menschen, die wir den mittelalterlichen Zwang abgestreift haben, ist die Auffassung in Fleisch und Blut übergegangen, daß die persönliche Freiheit, die Souveränität des Individuums, die edelste Blüte neuzeltlicher Kultur und die Grundlage des öffentlichen und privaten Lebens sei. Diese Auffassung ist durch die Propaganda des Liberalismus und die Phrasen des Kapitalismus in die Köpfe der Menschen hineingepaukt worden und sie hat durch die Werke unserer klassischen Dichter und Denker Unterstützung gefunden. Die Freiheit auf allen Gebieten sollte als die Signatur unseres Zeitalters gelten: Wahlfreiheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Gewerbefreiheit, Handelsfreiheit, Vertragsfreiheit, kurz und gut Bewegungsfreiheit nach allen Richtungen hin. Jeder Zwang wurde als ein unberechtigter Eingriff in die Freiheit des Einzelmenschen empfunden und darum rundweg abgelehnt.

Diese Anschauung, die einen Rückschlag bildet gegen die Gebundenheit des Mittelalters, machte allmählich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine Umwandlung durch. Weil die Menschheit am eigenen Leibe verspürte, wohin sie durch die schrankenlose Freiheit gekommen war, unterzog sie den Freiheitsbegriff einer Nachprüfung, wobei sie dann erkannte, daß die kapitalistische Freiheit zu einer Raubtierfreiheit ausgeartet war, die als notwendiges Gegengewicht eine Einschränkung forderte. Man fühlte instinktiv, daß das Prinzip der Freiheit ergänzt werden müsse durch die Organisation, durch die Bindung der verschiedenen Willensrichtungen zu einem starken Kollektivwillen. Jetzt kam auch der einstmals so verurteilte Zwang wieder zu Ehren.

Zunächst stellte der moderne Staat den Grundsatz auf, daß er das Recht habe, durch Zwangsmaßnahmen in das Zusammenleben und Zusammenwirken seiner Bürger einzugreifen; er erließ Bestimmungen, die das Recht und die

Freiheit des einen abgrenzen sollten gegen die Rechte und die Freiheiten der andern. Das Gemeinwohl und das Allgemeininteresse waren die Dämme, an denen sich die Willensströmungen des einzelnen brachen; wo höhere Interessen in Frage kamen, mußte die Freiheit des Individuums dem Zwange des Staates weichen. So entstand die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Regelung des Wohnungswesens, die staatliche Fürsorge für alle öffentlichen Bedürfnisse, so wurde der Schulzwang eingeführt, der als ein treffendes Beispiel eines moralischen Zwanges aufgezeigt werden kann. Gleichzeitig empfanden auch die fortgeschrittenen Arbeiter die Notwendigkeit einer Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Organisationen, indem sie sich gegenseitig zwangen, in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse Rücksicht zu üben und das private Interesse mit dem Interesse der Kollegen in ein richtiges Verhältnis zu bringen. Zögernd und gleichsam widerwillig folgten auch die Unternehmer nach, sie warfen das Prinzip der freien Konkurrenz über Bord und beugten sich unter den Zwang ihrer Kartelle und Syndikate, sie verzichteten auf die Vertragsfreiheit und erzeigten den freien Arbeitsvertrag durch den Kollektivvertrag und das Tarifwesen. So bricht sich überall die Ueberzeugung Bahn, daß Zwang und Freiheit sich nicht ausschließen, sondern daß sie sich gegenseitig ergänzen müssen.

Gegen den Lebensmittelwucher!

Europa steht schon seit Jahren im Zeichen der Teuerung. Die anhaltende Dürre des verflossenen Sommers hat durch teilweise große Missernten diese Kalamität in ganz ungewöhnlicher Weise verschärft. Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Zuder, Gemüse, Milch, Butter, Schmalz, Fleisch und Brot, steigen in ganz ungeheurer Weise. Und das Proletariat sieht mit Bangen dem kommenden Winter entgegen. Keine Aussicht auf Verbilligung der Lebensmittel, vielmehr steht eine weitere enorme Steigerung der Preise in Aussicht.

Es darf keineswegs angenommen werden, daß die anhaltende Dürre des Sommers, woburd vor allem in vielen Gegenden die Heu-, Rüben- und Kartoffelernte geradezu vernichtet worden ist, allein an der Steigerung der Lebensmittelpreise die Schuld trägt. Den vielen Missernten stehen auch wieder günstige Ergebnisse gegenüber. Nordamerika, Rußland, Ungarn und auch die Balkanstaaten können über günstige Ernten vor allem in Getreide und Futtermitteln berichten. Was läge näher, als nun einen Ausgleich und damit eine Linderung der Not zu schaffen! Würden die sogenannten Kulturstaaten vom Gesichtspunkt der allgemeinen Volkswohlfahrt aus verwaltest, dann könnte dies ohne weiteres durchgeführt werden. Aber die Regierungen dieser Staaten fühlen sich nur als der Verwaltungsausschuß der Unternehmerkartelle, der Agrarier, der Großgrundbesitzer. Denen zuliebe hat man Grenzsperrn und ungeheure Zölle eingeführt, woburd auf künstliche Weise die Einfuhr vorhandener Ueberschüsse an Fleisch, Getreide und Futtermitteln verhindert oder zumeist in großem Maße beschränkt wird. Die Großagrarien, diese außerordentlichen Diebsteine der Regierungsmaschinerie, sollen nicht unter der jeweiligen Konkurrenz des Auslands leiden und mit ihren Hunger- und Bucherpreisen auf die notwendigen Lebensmittel der großen Masse des Volkes heruntergehen brauchen. Deshalb schützt sie der weise Vater Staat durch hohe Zölle jeglicher Art, durch Einfuhrschneide und sonstige gute Dinge. Die Junker mähen sich auf Kosten des Volkes und scharren mühselos Reichthümer zusammen. Und das Volk schreit nach Brot.

Das Volk verlangt in teilweise stürmischer Art Abhilfe. Es erhebt ungestüm Protest gegen den Lebensmittelwucher. Doch der kapitalistische Staat pocht auf seine Macht. Die Hungerrevolten in Belgien und Frankreich hat man schnell unterdrückt. In Wien, wo man gleichfalls nach Verbilligung von Fleisch und Brot schrie, erhielt es blaue Bohnen statt warmer Semmeln...

Die Macht des Junkertums ist groß. Die Agrarier würden in ihrem verblendeten Egoismus jedem Versuch der Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel brutal entgegen treten. Und sie haben das Heft der Regierungsgewalt in den Händen. Was thut sie der Hunger des Proletariats! Ihnen gilt das eigene Wohl alles und mag darüber auch das Volk zugrunde gehen!

Die Regierungen versuchen es mit Palliativmitteln. Man ermäßigt die Frucht auf Futtermittel und gibt gute „Ratschläge“, wie man trotz Futternot dennoch den Viehstand erhalten könne. Das ist alles. An durchgreifende Maßregeln dürfen die Regierungen nicht im Traume denken. Der Junker wagt.

Das Volk hat es trotzdem in der Hand, hier korrigierend einzugreifen. Abgesehen von den politischen Wahlen, bei denen das arbeitende Volk mit den Fleisch- und Brotmuchsern und deren Helfershelfern gründliche Abrechnung halten kann, bietet einen Ausweg die Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaftsverbände bilden ein gutes Mittel, um die steigende Verteuerung der Lebensmittel auszugleichen. Die Arbeiter müssen sich fester und fester in ihren wirtschaftlichen Organisationen zusammenschließen, um das, was ihnen durch den Lebensmittelwucher abgenommen wird, durch Erhöhung der Löhne wieder wett zu machen. Geschlecht es nicht, dann wird die Lebenshaltung der Arbeiter noch mehr verkümmert, als sie ohnehin schon ist.

Es ist also notwendig, daß sich die Arbeiterschaft zu größeren wirtschaftlichen Kämpfen rüstet. Denn es mag sich keiner in der trügerischen Hoffnung wiegen, daß sich das Unternehmertum aus freien Stücken zu einer Aufbesserung der Löhne herbeiläßt. Dazu sind diese Kapitalisten nur in ganz verschwindender Anzahl bereit. Und auch dann nur, wenn hinter den Forderungen der Arbeiter die Gewerkschaft steht, mit deren Macht das Unternehmertum zu rechnen hat.

Der kommende Winter legt allerdings einer großen Anzahl von Gewerkschaften bei ihren Aktionen eine größere Reserve auf. Der stetig im Winter wiederkehrende verminderte Beschäftigungsgrad bedingt dies. Aber was jeder echte Gewerkschafter zu tun verpflichtet ist, das ist, daß er die Wintermonate zu intensiver Agitation für die Gewerkschaftsbewegung ausnützt! Auf allen Arbeitsplätzen, überall wo Proletarier zusammen treffen, muß auf die ungeheure Lebensmittelverteuerung hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht werden, daß es in erster Linie die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften ist, dafür zu sorgen, daß hier ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne geschaffen wird. Es muß dabei auch darauf hingewiesen werden, daß durchgreifende und erfolgreiche Lohnbewegungen nur geführt werden können, wenn die große Masse der Berufsangehörigen einmütig zur Gewerkschaftsorganisation steht und so durch die Wucht der Argumente und wirtschaftlichen Stoffkraft dem Unternehmertum das abringt, was ihr auf der andern Seite durch die Preisstreiberien der Kartelle und Lebensmittelwucherer entziffen wird.

Diese Aufgabe mag jeder Gewerkschafter gewissenhaft erfüllen. Es gilt, immer weitere Volksteile aus ihrer lethargie aufzurütteln und ihnen zu sagen, was die Schuld trägt an ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage, und die Wege zu weisen, die aus dieser Kalamität herausführen. Die Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen ist eine Aufgabe, die nie außer acht

gelassen werden darf. Nur starke Organisationen werden für die Arbeiterschaft erfolgreich wirken können.

Man vergesse aber auch nicht, dem arbeitenden Volke zu sagen, daß die jetzt herrschende Lebensmittelverteuerung gleich vielen andern unerfreulichen Erscheinungen nichts weiter als ein Ergebnis der Wirkungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Darin ist auch diese Teuerung begründet. Deshalb gilt es, nicht nur die gewerkschaftlichen, sondern auch die politischen Organisationen der Arbeiter zu stärken. Als solche kommen nur Organisationen in Betracht, deren Tendenz dahin geht, die kapitalistische Produktionsform, diese Quelle aller Not und Entbehrung des arbeitenden Volkes, wirksam zu bekämpfen, und zwar so, daß nicht nur ihre gefährlichsten Auswüchse, sondern sie selbst beseitigt wird! Das kann aber nur durch die sozialistische Bewegung geschehen, deren Aufgabe es ist, die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische zu ersetzen. Dieser Organisation muß jeder Arbeiter angehören, der das Unrecht des kapitalistischen Systems täglich am eigenen Leibe erlebt und sich vorgenommen hat, dieses System bis zu dessen Untergang zu bekämpfen!

Sinein also in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen! Das ist die Erkenntnis, die jeder Arbeiter auch aus dem ungeheuerlichen Lebensmittelwucher der Jetztzeit schöpfen muß! Nur dadurch wird dieser bekämpft und in wirksamer Weise die Bahn vorbereitet, die den kapitalistischen Staat und damit auch jeden Lebensmittelwucher beseitigt!

Der Zwischenmeister.

Der Kampf um das Lohnsystem, das mit einer Gewalt einsetzende Ringen um letzteres machen immer größere Fortschritte und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo die Akkordarbeit in Berlin endgültig beseitigt sein wird. Die hiesigen Marmorarbeiter sind auf dem besten Wege dahin und man kommt zu der Ansicht, daß es nicht mehr die Meinung eines einzelnen ist:

Die letzte Marmorarbeiterversammlung beschloß sich wieder einmal eingehend mit dieser Materie und die Gemüter plachten oft recht hart aufeinander. Hierbei galt es, den Akkordverfechern die Ueberzeugung beizubringen, daß es endlich an der Zeit ist, mit dem Akkordarbeiten ein Ende zu machen. Nach jahrelangem Ringen blieben nur noch 5 Prozent übrig, welche für das Lohnsystem nicht zu begünstern waren.

Vom physischen wie moralischen Standpunkte aus habe ich mich über die Schädlichkeit der Akkordarbeit schon oft genug geäußert, und der Gegner mag denken wie er will, eins ist richtig: Wenn alle Arbeiter das Akkordsystem freiwillig hochhalten wollten, würden sie nur das darin verkörperte eigene Ich zur Schau bringen, nicht aber das Streben für ein solides Verhältnis, nach Verbesserung der allgemeinen Lage. Anders steht es natürlich bei dem von den Arbeitgebern aufgesetzten Akkordsystem.

Doch auch hier tritt eine Besserung ein. Denn nun ist das Verlangen nach Abschaffung der Akkordarbeit auch bei den in den Werkstellen beschäftigten Marmorarbeitern zum Durchbruch gekommen und es ist Aussicht vorhanden, daß mit etwas Energie das Lohnsystem in nicht allzu langer Zeit eingeführt sein wird.

Wir haben nun gesehen, auf welcher eigenartige Weise Akkordarbeit resp. Zwischenmeister entstehen können und es ist die Frage aufgeworfen worden: „Dürfen wir bei Zwischenmeistern arbeiten?“

Zweierlei Meinung konnte man in der betreffenden Versammlung hören. Ich vertrete nun eine Anschauung, welche nach meiner Ueberzeugung das Gros der Versammlung nicht gehabt hat.

Geben wir mit einem Zwischenunternehmer zu tun, so wird das für uns gesteckte Ziel schwerer erreichbar sein, weil wir hier wissen, daß derselbe sich auf seine eigene Arbeitskraft stützt.

Man haben wir es oft auch mit Zwischenunternehmern zu tun, wo es überhaupt gar nicht erst lange zu fragen gilt, „soll man bei diesem arbeiten oder nicht?“ Es sind nämlich solche, welche als ehemalige Arbeitswillige keine Arbeit finden können, da sie wissen, daß Organisierte mit ihnen nicht arbeiten wollen. Nun frage ich: wie kommen wir dazu, die früheren Streikbrecher noch zu unterstützen? Ist nicht der durch unsre Arbeit für ihn geschaffene Profit gleich einer Prämie für sein Vorgehen gegen seine früheren Arbeitskollegen?

Aus diesen und vielen andern Gründen ist es auch hier eine moralische Pflicht, einzutreten in den Kampf gegen die Zwischenmeister, um dann gegen den eigentlichen Unternehmer energischer vorgehen zu können, wenn es sich um Unterdrückung unsrer gerechten Forderungen handelt. Ich überlasse diese Aeußerungen dem Urteil sämtlicher Kollegen. Emil Höft.

Bericht des internationalen Steinarbeiterssekretariats

pro 2. Quartal 1911.
(Der deutsche Bericht ist weggelassen.)

Oesterreich. In den Bericht des zweiten Quartals fällt unser vierter Verbandstag, welcher zu den Osterfeiertagen stattgefunden hat. Diese sachliche und gründliche Tagung übte einen nachhaltigen Einfluß auf die Mitglieder zugunsten des Verbandes aus, woburd auch ein inniger Kontakt im Verbandsverhältnis zwischen den sprachlich verschiedenen Kollegen hergestellt wurde. Infolge der mit den Unternehmern geführten großen Kämpfe, die an Opfer reich waren und für unsern Verband eine außergewöhnliche Kraftleistung darstellten, mußte sich der Verbandstag mit der Beitragserhöhung befassen, damit der Streikfonds den kommenden Ansprüchen wieder gerecht werden kann. Die Beitragserhöhung, ein für eine Gewerkschaft keinesfalls leichtes Experiment, ist ohne Mitgliederverlust und ohne Schaden für den Verband verlaufen. In jedem Kollegen hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß wir gegen die geschlossene Macht der Unternehmer eine gut fundierte Streikklasse haben müssen. Das war auch die Ursache, daß neben der Erhöhung des Zentralbeitrags in jeder Klasse um 10 Heller wöchentlich auch gleichzeitig in einzelnen Orten ein Lokalwiderstandsfonds separat von wöchentlich 10, ja sogar 20 Heller beschloffen wurde. Neben der wichtigen Angelegenheit der Stärkung des Kampffonds wurde auch das Unterstützungsweesen nicht außer acht gelassen.

Wir haben im zweiten Quartal in drei Orten den Tarif erneuert und in vier Orten den ersten Tarif abgeschlossen. In einem Orte war ein Abwehrstreik notwendig, der zugunsten der Kollegen beendet wurde. Eine große Aussperrung hatten wir in Schlesien durchzumachen, welche 14 Wochen in Anspruch nahm und zum Schluß des Quartals noch nicht erledigt war. Dieser Lohnkampf, an welchem sich 887 Kollegen beteiligt haben, war der größte seit dem Bestande unsrer Organisation. Die Unternehmer hatten einen Tarif, der 8 bis 30 Prozent schlechter war wie der früher bestandene, den Arbeiter vorzulegen. Da sich die Steinarbeiter in Schlesien geweigert haben, eine solche Lohnreduzierung zu unterschreiben, wurden sie ausgesperrt.

Wir haben fast in allen Industriezweigen der Steinbearbeitung gegenwärtig wenig Arbeit. In der Granitindustrie herrscht starker Mangel an Aufträgen, so daß an einigen Orten die Betriebe ganz oder teilweise eingestellt werden. Nicht besser steht es in den Marmor- und Kalksteinbetrieben, die sich mit Bauarbeit befassen. In ganz Oesterreich haben wir eine Stagnation in der Steinindustrie, die schlechten Verdienst und Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Die Aussicht für die nächste Zeit ist für die Steinarbeiter trübe und läßt auf einen sorgenvollen Winter